Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, i der Expedition abgegeben werden.

Nr. 141. Donnerstag, den 19. Juni 1913. 20. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Aus einer sozialdemokratischen Musterkommune.

Unter dieser und anderer Bezeichnung geht gegenärtig ein aus der „Deutschen Tageszeitung“ stammenr Artikel, der sich mit der Tätigkeit und den Leistun-n der bekanntlich seit 1911 wieder sozialdemo-:atischen Stadtvertretung von Offenbach a. M. schäftigt, durch die bürgerliche Presse. Von der angeb-h sozialdemokratischen Mißwirtschaft in der Kommune ffenbach nähren seit Jahren die Gegner, von den freinnigen bis zu den junkerlichen, ihre Wahlagitation bei len Gemeindewahlen nicht nur im ganzen Deutschen eiche, sondern selbst in Oesterreich. Immer neue Ent-ellungen und Lügen werden zu den alten gefügt und t genug ist es unseren im Wahlkampfe stehenden Parigenossen ganz unmöglich, so schnell und so gründlich, ie es nötig wäre, die lügnerischen Behauptungen der egner zu widerlegen. Immer wieder muß deshalb die isyphusarbeit der Widerlegung jener gewissenlosen Verumder unserer braven Offenbacher Parteigenossen unrnommen werden, die unter den denkbar größten chwierigkeiten, unter dem ständigen Widerstande, nicht ir des Offenbacher Fabrikantentums, sondern auch der atlichen Aufsichtsbehörden bessere kommunale Verhältsse für eine Arbeiterstadt herbeizuführen suchen, die nter bürgerlicher Herrschaft in der unerhörtesten Weise rnachlässigt wurde.

In dem hier in Rede stehenden Artikel des Agraerorgans, der „Deutschen Tageszeitung“, heißt es nächst:

„Die bekanntlich sozialdemokratisch verwaltete Stadt ffenbach die zweitgrößte Stadt Hessens, zeigt imer wieder aufs deutlichste die eigentümliche Verwalngskunst der Genossen. In diesen Tagen hat sich r Offenbacher „Verein zur Wahrung städtischer Interssen“ das Verdienst erworben, einmal zahlenmäßig stzustellen, wie sich die Verwaltungskosten in Offench zu denen der größten hessischen Stadt, Mainz, rhalten. Dabei ergibt sich die erstaunliche Tatche, daß in der sozialdemokratisch geleiteten Geeinde sich so ziemlich alle Positionen des Voranschlags, uf den Kopf der Bevölkerung umgerechnet, ganz erebblich, zum Teil um mehr als 100 Prozent, höher ellen als in Mainz. So erforderte, um einige Beiiele herauszugreifen, an Ausgaben auf den Kopf:

	in Offenbach:	in Mainz:
Bürgermeister und Beigeordnete	0,43 Mk	0,37 Mk.
Sekretariat	1,88 „	0,72 „
Stadtkasse	1,22 „	0,60 „
Tagegelder und Reisekosten	0,04	0,03 „
Friedhöfe (Verwaltung u. Anlage)	1,30 „	0,75 „
Bureaukosten	0,60 „	0,30 „

Die Aufstellung läuft in demselben Stil fort; das esamtresultat ist, daß, wie bereits erwähnt, in Offenach die Verwaltung jährlich 38,63 Mk. auf den Kopf, n Mainz 23,34 Mk. erfordert, das ist ein Unterschied on 15,29 Mk. oder rund 70 Prozent zugunsten der bürerlichen Kommunalverwaltung.“

Man kann nicht leicht mehr Schiefheiten und Unahrheiten in ein paar Sätze zusammendrängen, als es ier geschieht. Die Aufstellung ist, was verschwieen wird, nach den Voranschlägen der Etats der eiden Städte für 1913 gemacht. Wer von den Dingen twas versteht, weiß, daß man zu solchen Vergleichen icht Voranschläge und besonders nicht die eines einigen Jahres heranziehen darf, denn Voranschläge ind keine tatsächlichen Ergebnisse, man kann sie überchreiten oder unter ihnen bleiben, und dann können in inem einzelnen Jahr Voranschlagsposten aus beonderen Gründen weit unter dem Durchschnitt bleiben der ihn weit überschreiten. Wer also nicht mogeln will, der muß für brauchbare und ehrliche Vergleiche den Durchschnitt der Rechnungsergebnisse mehrerer Jahre nehmen.

Ist es richtig, daß Offenbachs Kommunalverwalung, auf den Kopf berechnet, jährlich 15,29 Mk. mehr ostet, wie die von Mainz, so muß hinzugefügt werden — was von der „D. T.“ wiederum unterschlagen wird —, daß davon Offenbach allein an Kosten der Volksschule wie der Armen- und Krankenpflege 12,37 Mk. pro Einwohner mehr wie Mainz ahlt. Es ist wohl an und für sich keine Schande, wenn ine Gemeinde recht viel für Schulen wie für Armen- und Krankenpflege aufwendet. Hier aber kommt noch n Betracht, daß Offenbach eine reine Arbeiterstadt ist, während Mainz eine ganz andere soziale Struktur aufweist.

Von den 15,29 Mk. Mehrausgaben Offenbachs bleiben nach Abzug obiger 12,34 Mk. noch 2,92 Mk. mehr gegenüber Mainz. Davon entfallen 0,55 Mk. auf Friedhöfe und öffentliche Anlagen (nicht, wie die „D. T.“ fälscht, „Verwaltung und Anlage der Friedhöfe“), eine Mehrausgabe Offenbachs, die nur für die um Gesundheit und Schönheit der Stadt bemühte Stadtverwaltung spricht. Dann bleiben 2,37 Mark, von welchen wiederum 10 Pfg. auf das Versicherungsamt, 5 Pfg. auf die städtische Rechtsauskunftsstelle entfallen, also auf soziale Aufgaben.

Was die noch verbleibenden Mehrausgaben angeht, so ist es gar nicht möglich, hier zutreffende Vergleiche zu ziehen, da die Organisation der einzelnen Verwaltungen, die Art der Verrechnung der Kosten in den beiden Städten ganz verschiedene sind. Das gilt z. B. für das in der obigen Aufstellung genannte „Sekretariat“, das man in Offenbach garnicht kennt, das aber hier mit 1,88 Mk. pro Kopf für Offenbach, mit nur 0,72 Mk. für Mainz völlig willkürlich und irreführend angegeben wird. Eines freilich ist richtig, und die Offenbacher Stadtverwaltung leugnet es nicht nur nicht, sondern gibt es mit Stolz zu: die Verwaltungskosten in Offenbach werden dadurch verhältnismäßig höher, als irgendwo sonst, weil die Stadt Offenbach die höchsten Gehälter, (allerdings nicht für die höchsten Beamten) und die besten Löhne zahlt. Für die städtischen Arbeiter wurde die Summe der Löhne im vergangenen Etatsjahre um 100 000 Mk. erhöht, für die städtischen Beamten und die Volksschullehrer im laufenden Etatsjahre um 250 000 Mk.! Kürzlich sprach der Verein der katholischen Volksschullehrer der (sozialdemokratischen!) Stadtvertretung seinen herzlichsten Dank aus für die beschlossene Gehaltsregulierung, die alle Wünsche erfülle und Offenbach mit der Höhe seiner Lehrergehälter an der Spitze aller Gemeinden Hessens marschieren lasse!

Davon sagen die Verleumder in der „Deutschen Tagesztg.“ freilich nichts. Dafür aber heißt es dort weiter:

„Bemerkenswerterweise genügt den Genossen Offenbachs aber ihr „Vorsprung“ gegenüber Mainz noch nicht; durch allerlei eigenartige Exerimente arbeiten sie an seiner Vergrößerung. So haben sie vor einiger Zeit, um die eingesessenen Metzger zur Anerkennung einer städtischen Preisfestsetzungskommission zu zwingen, eine städtische Wurstfabrik eingerichtet, im Anschluß an den schon den ganzen Winter mit mehr als zweifelhaftem Erfolge betriebenen städtischen Fleischverkauf. Sozialdemokratische Rechenkünstler wußten sogar schon gewaltige Ueberschüsse aus dieser neuen Kapitalsanlage zu errechnen, und alle Hebel wurden in Bewegung gesetzt, um nach Möglichkeit den selbständigen Metzgern Abbruch zu tun. Worauf die Sache hinauslief, erkennt man am besten daraus, daß die sozialdemokratische Parteiorganisation durch ihre Parteibeamten in Flugblättern direkt zum Boykott der Metzger aufforderte, dabei Dinge behauptend, deren Verbreitung ihr durch einstweilige richterliche Verfügung alsbald untersagt wurde. Es entspann sich eine erbitterte Fehde zwischen Handwerk und Stadtverwaltung, die Metzger boykottierten das städtische Schlachthaus und schlachteten in einem Nachbarorte, es entstand eine Unsumme von Erbitterung. Kreisamt, Regierung und Landtag wurden mobilisiert, und das Resultat war schließlich dasselbe wie beim Hornberger Schießen, ein Vergleich zwischen Stadt und Metzgern, den man auch wesentlich billiger hätte haben können.“

Auch hier nichts als Verdrehungen! Was den „mehr als zweifelhaften Erfolg“ des von der Offenbacher städtischen Teuerungskommission betriebenen Fleischverkaufs angeht, so gelang es, in ein paar Monaten nicht weniger als 382 000 Pfund ausländisches Fleisch zu verkaufen, zu Preisen, die um 15 bis 35 Pfg. pro Pfund niedriger waren, als die der Metzger. Als der Bezug ausländischen Fleisches unterbunden wurde und die Schweinepreise fielen, forderte die Stadt von den Offenbacher Schweinemetzgern entsprechendes Heruntergehen mit den Preisen, und als diese wochenlang Winkelzüge machten, gründete die Stadt eine städtische Metzgerei mit Wurstfabrikation, die nur aufzugeben versprach, wenn die Metzger einer paritätischen Preisfestsetzungskommission sich unterwerfen würden. Statt dessen boykottierten die Schweinemetzger mit Unterstützung des Kreisamts den städtischen Schlachthof und zogen unter Mißachtung der daraus entstehenden großen gesundheitlichen Gefahren in ganz unzureichende private Schlachthöfe der Umgegend. Nun drehten die organisierten Arbeiter den Spieß um und boykottierten die Metzger, und zwar mit solchem Erfolg, daß diese nach knapp zwei Wochen zu Kreuze kriechen und froh sein mußten, nun noch mit der paritätischen Preisfestsetzungskommission davonzukommen. Die städtische Metzgerei floriert vortrefflich und erzielte einen namhaften Ueberschuß, sodaß auch in dieser Richtung die Behauptung des Bündlerblattes sich als nackte Unwahrheit erweist. Das hindert das Blatt nicht, weiter zu lügen:

„Aber noch größere Taten bereiten sich vor: in der Stadtverordnetenversammlung schwebt das Projekt einer Arbeitslosenversicherung nach dem Genter System. Was das für eine reine Industriestadt mit solch starker Arbeiterbevölkerung, noch dazu in unmittelbarer Nähe Frankfurts, heißen will, das kann sich jeder selbst ausmalen. An der Durchführung dieser „sozialen Tat“, — von der ja die wirklich Bedürftigen überhaupt nichts haben, die vielmehr nur den finanziell kräftigsten Gewerkschaften zugute kommt, — ist freilich kaum zu zweifeln. Man kann gespannt sein, wieviel dann die Bürger Offenbachs für das Vergnügen zahlen werden, als Probe auf das sozialdemokratische Zukunftsstaats-Exempel zu dienen!“

Selbstverständlich hat Offenbach, dem Beispiel anderer Stadtverwaltungen ohne sozialdemokratische Mehrheit folgend, den Versuch unternommen, eine kommunale Arbeitslosenversicherung zu schaffen, für die aus städtischen Mitteln seit 2 Jahren jährlich 10 000 Mk. zur Verfügung gestellt wurden, ein Opfer, das im Falle größerer Arbeitslosigkeit sicherlich der Armenverwaltung manche Ausgabe erspart. Unwahr ist, daß diese Einrichtung nur den Gewerkschaften zugute kommen wird; es ist vielmehr vorgesehen, daß auch Unorganisierte, wenn sie entsprechend Sparmarken nehmen, an der kommunalen Versicherung teilhaben.

Daß diese Einrichtung den „Bürgern“ sehr wenig kosten wird, liegt auf der Hand. Gesagt soll übrigens zum Schluß werden, daß alle nach dem letzten sozialdemokratischen Stadtverordnetensiege von den Gegnern ausgesprochenen Prophezeiungen von demnächstigen großen Steuersteigerungen elend ins Wasser gefallen sind. Während die Bürgerlichen in der vorhergegangenen dreijährigen Periode ihrer Herrschaft die gemeindliche Einkommensteuer um 65 Prozent steigerten, ist sie in den drei folgenden, unter sozialdemokratische Herrschaft fallenden Jahre auch nicht um eine Pfennig gesteigert worden, trotz gewaltig gestiegener Ausgaben — auch für Bauten, wie Stadtbad, Schulen, Versorgungs- und Krankenhaus — ist vielmehr noch die Kohlenverbrauchsabgabe, ein Ueberbleibsel bürgerlicher „Herrlichkeit“, vorläufig erst um die Hälfte herabgesetzt worden.

Das alles zeigt, daß nicht nur die Offenbacher Proletarier, wie die Beamten und Lehrer, sondern auch die anderen Bürger durchaus zufrieden sein können mit der „sozialdemokratischen Musterkommune“.

Das Besitzsteuergesetz.

Die Budgetkommission trat am Mittwoch in die Beratung des Besitzsteuergesetzes ein, dessen erster Paragraph bestimmt, daß von dem Vermögenszuwachs eine Abgabe (Besitzsteuer) erhoben werden soll. Als Vermögen gilt nach § 2 das gesamte bewegliche und unbewegliche Vermögen nach Abzug der Schulden. Zur Steuer sind demnach heranzuziehen: Grundvermögen, Betriebsvermögen und Kapitalvermögen nach den näheren gesetzlichen Bestimmungen.

Genosse Südekum beantragte als Berichterstatter, die beiden ersten Paragraphen abzulehnen. — Schatzsekretär Kühn verteidigte die Vorlage. Das Reich wie auch der Reichstag können mit ihr durchaus zufrieden sein. Das Reich erhalte eine sichere Einnahme, ohne in die Steuerhoheit der Bundesstaaten einzugreifen und der Wunsch der Parteien nach Einführung einer Besitzsteuer werde erfüllt. — Abg. Gröber machte auf die großen Schwierigkeiten aufmerksam, die dieses Gesetz zur Folge haben müsse, besonders wenn die Landtage ihrerseits gesetzgeberisch in die Ausführung dieses Gesetzes eingreifen werden. Entscheidend für das Zentrum sei, daß eine Verständigung auf der Grundlage der Vorlage nicht möglich ist, sondern wahrscheinlich nur auf dem Boden einer Besitzsteuer direkt durch das Reich. Das Zentrum werde an der Verständigung mitarbeiten. Auch mit dem vorliegenden Entwurf werde die Steuerhoheit der Einzelstaaten angetastet. Der Bundesrat könne somit keine Einwendungen mehr erheben, wenn auch auf einem anderen Wege dasselbe versucht werde. — Abgeordneter von Payer tritt für Ablehnung der ersten beiden Paragraphen ein. Der vorgeschlagene Weg sei schon deshalb ungangbar, weil der Entwurf eine Art Strafgesetz gegen die Bundesstaaten darstelle, indem sie gezwungen werden sollen, nach bestimmten Grundsätzen und Vorschriften vom Vermögenszuwachs Abgaben zu erheben. Einschneidender könne man in die Rechte der Bundesstaaten nicht eingreifen. Die Erbschaftssteuer wäre ein sehr empfehlenswerter Weg gewesen, aus dem Steuerdilemma herauszukommen. Das Wertzuwachssteuergesetz müsse in ein primäres Reichsgesetz umgearbeitet werden. — Abg. Bassermann erklärte namens der National-

liberalen, daß auch sie den Entwurf ablehnen. Bei Ausgaben, wie solche für die neue Militärvorlage, müsse danach getrachtet werden, sie durch reichseigene Einnahmen zu decken. In den Vorbesprechungen sei mit Fug und Recht betont worden, daß bei Ausführung der Vorlage vom Reich gegen die Bundesstaaten eine Unmenge detaillierter Vorschriften erlassen werden müßten. Dazu kommt, daß der Bundesrat in die Steuerhoheit jedes Bundesstaates eingreifen könne und solle, falls nicht genau nach den Bestimmungen der Vorlage verfahren werde. Die Nationalliberalen seien für eine Verständigung. In erster Linie forderten sie eine Reichsvermögenssteuer, aber der Reichskanzler habe diese Steuer rundweg abgelehnt. Ein anderer gangbarer Weg wäre die Erbanfallsteuer, auch wenn dabei Konzessionen gemacht werden müßten. Jetzt müsse wohl oder übel auf dem Boden des Zuwachssteuergesetzes eine Einigung versucht werden. — Abgeordneter Graf Westarp trat namens der Konservativen für die Regierungsvorlage ein. Der Besitz sei von den Einzelstaaten und den Kommunen schon in durchaus gerechter Weise belastet, dazu komme noch der Wehrbeitrag. Die Konservativen wollten trotzdem noch dafür eintreten, dem Besitz weitere 80 Millionen aufzuladen; direkte reichseigene Einnahmen zu schaffen, lehnen sie aber ab. Es war schon unrichtig, dem Reich im Jahre 1906 einen Teil der Erbschaftsbesteuerung zu übertragen; das gelte erst recht für eine Reichsvermögens- und eine Erbanfallsteuer. Auch die Zuwachssteuer greife in die Befugnisse der Einzelstaaten ein, die immer mehr gezwungen werden sollen, ihr Steuersystem den Bestimmungen des Reichs anzupassen. Die Regierungsvorlage lasse den Einzelstaaten wenigstens freie Hand in der Ausgestaltung ihrer Steuersysteme, die nicht erschüttert werden sollten. Der Gedanke der sozialen Gerechtigkeit bei Steuergesetzen bedürfe nicht der Normativvorschriften durch das Reich. Von der Regierung erwarten die Konservativen endlich bestimmte und klare Erklärungen darüber, ob sie an ihrer Vorlage festhalten wolle. Sollte der Regierungsentwurf keine Mehrheit finden, so würden die Konservativen an der Verständigung über eine andere Regelung mitarbeiten. — Abg. Speck (Zentrum) erklärte für seine Person, daß er bereit sei, für die Regierungsvorlage zu stimmen. Den Einzelstaaten könnte man durch Reichsgesetz die unterste Grenze der Vermögensbelastung und die Staffelung vorschreiben, sodaß die kleinen Vermögen geschont würden. Im Interesse des föderativen Charakter des Reichs wäre eine Verständigung auf der Regierungsvorlage zu wünschen gewesen. Abg. Speck erklärte sodann, auch an der Verständigung auf einer anderen Grundlage mitarbeiten zu wollen. — Schatzsekretär Kühn bestritt, daß die Regierungsvorlage in die Rechte der Bundesstaaten eingreife, die im Ausbau ihrer Steuersysteme nicht gehindert würden. Die Regierungsvorlage soll gerade den Bundesstaaten eine Sicherung bringen. Eine Erklärung darüber abzugeben, wie der Bundesrat sich zu einer Verständigung der Parteien auf anderer Grundlage als der der Regierungsvorlage stellen werde, könne er nicht. Der Budesrat werde sich erst entscheiden, wenn die Beschlüsse des Reichstags eine Übersicht gestatteten.

Die beiden ersten Paragraphen wurden gegen die Stimmen der Konservativen sowie der Zentrumsabgeordneten Graf Praschma und Speck abgelehnt.

Die nächstfolgenden Paragraphen bestimmen, was alles als Vermögen im Sinne des Gesetzes zu betrachten ist. Die Bestimmungen gleichen im allgemeinen denen im Gesetz über den Wehrbeitrag. Die Konservativen fordern, daß auch die Aktiengesellschaften zur Zahlung der Zuwachssteuer herangezogen werden. — Die Abstimmung wird später erfolgen.

Nach der Regierungsvorlage (§ 13) soll von einem Zuwachs, der den Betrag von 2000 Mk. nicht übersteigt, die Zuwachssteuer nicht erhoben werden. Die Nationalliberalen beantragten, statt 2000 Mk. zu sagen 10 000 Mk. Nach § 14 sollen Vermögen bis 6000 Mk. der Besteuerung nicht unterliegen. Die Nationalliberalen beantragten, die Ziffer 6000 durch 20 000 zu ersetzen. Wenn das steuerbare Gesamtvermögen eines Steuerpflichtigen am Ende des Veranlagungszeitraums den Betrag von 20 000 Mk. nicht überschreitet, so gilt als Zuwachs der Betrag, um den dieses Vermögen die Summe von 6000 Mk. übersteigt. Die Nationalliberalen wollen hier die Ziffern 20 000 durch 40 000 und 6000 durch 20 000 ersetzt wissen. Der Zuwachs soll in diesem Falle auch dann der Steuerpflicht unterliegen, wenn er die Summe von 10 000 Mk. nicht erreicht. Die Sozialdemokraten beantragen, im § 13 die Ziffer 2000 durch 6000, und im § 14 die Ziffer 6000 durch 12 000 zu ersetzen. Die kleinen Vermögen und der geringe Zuwachs sollten, wie Genosse Haase betonte, gewiß geschont werden, aber die nationalliberalen Anträge gingen zu weit. — Abg. Gröber trat für die nationalliberalen Anträge ein, ebenso Abg. Fischbeck namens der Volksparteiler, während Graf Westarp die Stellungnahme der Konservativen von der Gestaltung anderer Bestimmungen abhängig machte. — Bei der Abstimmung wurden die Vorschläge der Regierungsvorlage einstimmig, die sozialdemokratischen Anträge gegen die Stimmen unserer Genossen abgelehnt, die nationalliberalen Anträge dagegen angenommen.

Zur Besteuerung des Vermögenszuwachses durch Erbschaft beantragen die Nationalliberalen folgende neue Bestimmung in das Gesetz aufzunehmen: „Fällt in den Veranlagungszeitraum der Erwerb einer Erbschaft, so ermäßigt sich, wenn der Erbe ein Abkömmling des Erblassers ist und zurzeit des Erbfalls das 21. Lebensjahr noch nicht vollendet hat, und wenn das steuerbare Vermögen den Gesamtwert von 50 000 Mk. nicht übersteigt, die Abgabe um einen Betrag, der für jedes bis zur Vollendung des 21. Lebensjahres fehlende volle Jahr auf fünf vom Hundert der Abgabe berechnet wird. Die Gesamtermäßigung darf 50 vom Hundert der Abgabe nicht übersteigen."

Die Konservativen stellten diesen Antrag: „Der Erwerb von Todes wegen der nach § 11 Nr. 4a bis c des Erbschaftssteuergesetzes von der Erbschaftssteuer befreiten Abkömmlinge bleibt insoweit steuerfrei, als das ererbte Vermögen in der Hand des Erblassers nicht mehr der Zuwachsbesteuerung unterliegen würde."

Für den Fall der Ablehnung dieses Antrages beantragen die Konservativen: „Fällt in den Veranlagungszeitraum der Erwerb einer Erbschaft, so bleibt, wenn der Erbe ein Abkömmling des Erblassers ist und zurzeit des Erbfalls das 21. Lebensjahr noch nicht vollendet hat und wenn das steuerbare Vermögen den Gesamtwert von fünfzigtausend Mark nicht übersteigt, der aus dem Erbfall herrührende Zuwachs insoweit steuerfrei, als das ererbte Vermögen in der Hand des Erblassers nicht mehr der Zuwachsbesteuerung unterliegen würde."

Abg. Oertel erklärte, die Gestaltung der Besteuerung des Vermögenszuwachses durch Erbschaft sei für die Konservativen ausschlaggebend für ihre endgültige Stellungnahme zum Gesetz. Werde das Kindeserbe der Besteuerung unterworfen, so sei für die Konservativen das Gesetz unannehmbar, das nicht zu einem versteckten Erbschaftssteuergesetz gemacht werden dürfe. Das Vermögen, das durch Erbschaft auf die Kinder übergeht, könne nicht als Vermögenszuwachs angesehen werden. Nur wenn zwischen der letzten Veranlagung eines Vermögens und seines Übergangs in die Hände eines Abkömmlings ein Zuwachs eingetreten ist, könne eine Besteuerung eintreten, sonst aber nicht. — Schatzsekretär Kühn bekämpfte die konservativen Anträge. Es sei unmöglich, bei der Besteuerung einen Unterschied zu machen zwischen dem Zuwachs, der aus einer Erbschaft oder sonstwo herstamme. Der Schatzsekretär bezeichnete dagegen den nationalliberalen Antrag als akzeptabel. — Abg. Fischbeck stimmte den Konservativen darin zu, daß die Besteuerung der Erbschaften der springende Punkt sei. Die Volkspartei mache ebenfalls die Entscheidung davon abhängig. Seit Wochen werde an einer Verständigung gearbeitet, die aber doch nicht so kommen dürfe, daß sich die Mehrheit der bürgerlichen Parteien der konservativen Minorität unterwerfe. Das vorliegende Gesetz würde ein schreiend ungerechtes werden, wenn die Erbschaft nicht der Besteuerung unterworfen würde. Wer 10 000 Mk. zusammengespart und dabei gedarbt hat, solle Steuern bezahlen, nicht aber, nach den Forderungen der Konservativen, wer 25 000 Mk. erbe. Solchen Ungerechtigkeiten würden die Volksparteiler ihre Zustimmung niemals geben. Die Erbschaftsbesteuerung müsse nicht nur des Betrags wegen für den Fiskus durchgeführt werden, sondern auch um eine Handhabe zu erhalten, die Vermögen richtig einschätzen zu können.

Gen. Südekum bestritt, daß es sich beim vorliegenden Gesetz um eine versteckte Erbschaftssteuer handele. Die Besteuerung des Erbes für Abkömmlinge werde durch das Gesetz klipp und klar eingeführt von Reichs wegen. Südekum bekämpfte sowohl die Anträge der Konservativen, wie den Antrag der Nationalliberalen. — Abg. Gröber wandte sich gegen den konservativen Antrag, der schon seiner inkorrekten Fassung wegen unannehmbar sei. — Abg. Graf Westarp gab die Erklärung ab, die Konservativen hätten bisher viel Entgegenkommen zu einer Verständigung bewiesen, erstens durch ihre Zustimmung zu den ersten beiden Paragraphen der Regierungsvorlage und zweitens durch die Bereitwilligkeit, weiter mitzuarbeiten, trotzdem diese Paragraphen abgelehnt worden seien. Im Jahre 1906 bei Schaffung des Erbschaftssteuergesetzes wurden feierliche Erklärungen abgegeben, weiter könne und wolle man vom Reich aus nicht gehen, als beim Gesetz von jenem Jahre. Jetzt aber werde ein anderer Weg beschritten. — Schatzsekretär Kühn bestritt, daß 1906 die Regierung Erklärungen in der Art abgegeben hat, wie Graf Westarp jetzt behauptet.

Bei der Abstimmung wurden die beiden konservativen Anträge gegen die Stimmen der Antragsteller und des Zentrums abgelehnt; der nationalliberale Antrag gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen. — Nachmittags soll eine engere Kommission zur Vorberatung der weiteren Paragraphen zusammentreten. Donnerstag wird die Beratung fortgesetzt.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Garde.

Erst die Garde, dann das Vaterland! — Diesen Ausspruch will der Kriegsminister allerdings nicht gebraucht haben, aber es ist doch nicht zu bestreiten, daß er in der Budgetkommission erklärt hat, die ganze Wehrvorlage würde fallen, wen der sozialdemokratische Antrag auf Aufhebung der Gardeprivilegien und aller Eliteformation angenommen würde. Und auch gestern hatte er sich im Plenum bei der Beratung desselben Antrags mit einem beispiellosen Eifer und mit begeisterter Wärme für die Aufrechterhaltung des bisherigen Zustands angestrengt. Bisweilen hat er beinahe rhetorische Effekte erzielt. Im System einer absolutistischen Heeresverfassung, die die Armee vom Volke möglichst trennen will, ist freilich die Garde ein wichtiges Kennzeichen und ein wertvoller Schutz, und das macht auch ihre Bedeutung aus, viel mehr als die Tradition, auf die sich die Heeresverwaltung beruft.

Die Sitzung begann mit der Abstimmung über die in den letzten Tagen verhandelten Anträge und Resolutionen. Der sozialdemokratische Antrag auf Verkürzung der Dienstzeit, der Eventualantrag auf Aufhebung des Einjährigen-Privilegs und der Antrag auf Aufhebung des Burschenwesens wurden abgelehnt. Angenommen wurden nur die Resolution der Budgetkommission und der Fortschrittler, die einen platonischen Wunsch nach möglichster Verkürzung der Dienstzeit enthalten und eine Ausdehnung des Einjährig-Freiwilligen-Dienstes wollen.

Dann begann die Beratung unseres Antrags, der alle Bestimmungen über das Gardekorps und anderer Eliteformationen für unzulässig erklärt, und der freisinnigen Resolution, die die Privilegierung bestimmter Truppenkörper aufgehoben wissen will. Unser Antrag wurde vom Genossen Dr. Lensch in einer ausführlichen Rede begründet, die in aller Schärfe den reaktionären Charakter der Garde entwickelte. Er wandte sich zuerst gegen die offiziellen Vorwände, mit denen man die Aufrechterhaltung der Garde decken möchte, namentlich gegen die bequeme Ausrede von dem „Eingriff in die Kommandogewalt des Kaisers".

Diese Ausrede ist insofern allerdings von einiger Berechtigung, als sie in der Tat auf den historischen Ursprung der Garde hinweist, der sie aber gerade als ein Werkzeug autokratischer Herrschaft erscheinen läßt. Als unser Redner auf die heutige Verwendung der Garde bei höfischen Festen und Empfängen zu sprechen kam, die eben dieses historische Markmal der Garde aktuell markiert, geriet der Präsident in einige Aufregung und erteilte einen jener Ordnungsrufe, über deren merkwürdige Eingebung sich niemand mehr im Reichstag wundert. Das gleiche — immerhin erträgliche — Schicksal erreichte den sozialdemokratischen Redner, als er von der Argumentation des Kriegsministers durchaus treffend sagte, daß er das Unmöglichste an Ableugnungen geleistet hat. Und diese Bemerkung konnte doch kaum wundernehmen, wenn Herr v. Heeringen ernstlich die Exklusivität des Gardeoffizierkorps bestreiten will! Genosse Dr. Lensch erläuterte schließlich durch einige charakteristische Beispiele die Bevorzugung des Gardeoffiziers, von der nur der Kriegsminister verlangt, daß sie noch extra bewiesen wird.

Die präzise rechtliche und historische Untersuchung, die unser Genosse gegeben hatte, mochte den Kriegsminister an seiner empfindlichen Stelle getroffen haben, und die Verteidigung des absolutistischen Gardeprinzips erschien ihm so wichtig, daß er zu seiner pathetischen Kriegervereinsrede sogar die Rednertribüne betrat. Solches Pathos verfehlt seine Wirkung nicht: er erzielte manches Lächeln auf der Linken, dafür erregte Zustimmung auf der Rechten, deren Gefühlen seine Beredsamkeit so lebendigen Ausdruck verlieh.

Herr Dr. Müller-Meiningen lehnte den sozialdemokratischen Antrag ab und erklärte, um die Zaghaftigkeit des fortschrittlichen Vorgehens zu begründen, daß seine Freunde nur aufsichtsreiche Anträge gestellt hätten. Aber selbst dieser gewiß nicht allzu forsche Verteidiger bürgerlicher Rechte mußte dem Kriegsminister gegenüber doch die zahlenmäßige Tatsache der Gardeexklusivität vorhalten. Diese Tatsachen waren freilich für den folgenden Redner, den konservativen Herrn von Graefe, nur „statistische Oberflächlichkeiten" — ein Urteil, daß man leicht versteht, wenn man bedenkt, daß der temperamentvolle Herr aus Mecklenburg geradezu eine Benachteiligung des Adels zur großen Erheiterung der Linken sich herauskonstruierte. Das Zentrum hatte in der Sache bezeichnenderweise einen seiner Grafen vorgeschickt, den Herrn v. Praschma, der ebenso wie der nationalliberale Herr Keinath alles in schönster Ordnung findet, wenn sie auch für die freisinnigen Resolutionen stimmen wollen.

In einer sehr glücklichen Polemik vertrat noch Genosse Schöpflin gegen den Kriegsminister und die Redner aus dem Hause das Recht der Demokratie gegen das Vorrecht des Absolutismus. Den erregten Abschluß bildete eine scharfe und wirkungsvolle Erwiderung des Herrn Dr. Müller-Meiningen auf die provozierenden antisemitelnden Redensarten des Talmijunkers v. Graefe.

Der Strafrechtsausschuß.

Der mit der Ausarbeitung eines Vorentwurfs zum Strafgesetzbuch betraute Ausschuß wird vom 16. Juli bis 16. August eine Ferienpause machen. Der Ausschuß hofft, mit seinen Arbeiten im Spätherbst fertig sein zu können. Dann wird der Entwurf zunächst den Bundesregierungen zur Stellungnahme zugehen. Der Einführungsgesetzentwurf wird erst dann aufgestellt, wenn der neue Strafgesetzentwurf in seinen Grundzügen feststeht.

Das geheime und direkte Wahlrecht

soll jetzt eingeführt werden — nicht etwa in Preußen, sondern in Daressalam, im „wilden" Afrika. Dort soll ein Landesrat zur Unterstützung des Gouvernements bei Wahrnehmung der Interessen des Schutzgebietes gebildet werden. Die Hälfte der Mitglieder dieses Landesrats soll aus geheimen und direkten Wahl hervorgehen. Preußen müßte sich eigentlich schämen.

Hansabund und Scheckstempel.

In einer Eingabe an den Reichstag verlangt der Hansabund die Beseitigung des Scheckstempels, der als das größte Hindernis für die weitere Entwicklung des Scheckverkehrs bezeichnet wird. Man hält die Aufhebung dieses Stempels umso leichter für möglich, als er nur eine Einnahme von drei Millionen Mark bringt. — Bei dem Finanzjammer des Reiches ist allerdings kaum damit zu rechnen, daß dieser Wunsch Erfüllung findet.

Der Gipfel der Frechheit.

Im konservativen „Reichsboten" läßt sich ein Süddeutscher über die preußischen Landtagswahlen vernehmen. Er schreibt u. a.: „Das wichtigste Ergebnis der preußischen Landtagswahlen ist die unumstößliche Tatsache, daß das preußische Volk sich für die Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen deutlich bedankt hat. Es mag sich sonst zur Frage der Wahlreform zustimmend oder ablehnend verhalten: das Reichstagswahlrecht will das preußische Volk in seiner überwältigenden Merhheit nicht. Das beweisen diese Wahlen. Von den radikalen Parteien, die die Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen fordern, hat nur die sozialdemokratische Partei einen kleinen Erfolg zu verzeichnen. Die Fortschrittliche Volkspartei dagegen geht aus der Wahlschlacht mit getäuschten Hoffnungen hervor. Die Konservativen und das Zentrum haben den Ansturm der liberalen Wahlrechtsreformer abgeschlagen, und die Nationalliberalen, die offene Gegner des Reichstagswahlrechts für Preußen sind, haben einige Mandate gewonnen.

Das preußische Volk will Herr bleiben in seinem eigenen Hause. Es hat die Angriffe satt, die in letzter Zeit besonders stark aus anderen deutschen Staaten und aus dem mit Sozialdemokraten durchsetzten Reichstage gegen Preußen und sein Parlament gerichtet worden sind. Er will lieber sein altes Wahlsystem beibehalten, als das Reichstagswahlrecht einführen. Das ist die Signatur dieser Wahl. — Und darüber haben besonders wir Süddeutschen uns zu freuen, die wir auf ein starkes Preußen angewiesen sind im Interesse eines starken Reiches!"

Der „Reichsbote“ bringt den Artikel dieses Süddeutschen an der Spitze des Blattes. Es wird hier also auch die Ansicht der Redaktion wiedergegeben. Wohl selten ist das Volk so verhöhnt und die preußische Dreiklassenschmach mit solchem Hohn verteidigt worden.

Der Kronprinz im Kampfe gegen Gerhard Hauptmann.

Dem Dichter der „Weber“ ist Heil widerfahren. Die weitere Aufführung seines Breslauer Jubiläums-Festspiels wurde plötzlich vom städtischen Festausschuß untersagt. Ein Grund hierfür ist vom Ausschuß nicht angegeben worden. Nunmehr kommt die Kunde, daß der deutsche Kronprinz die Einstellung der Aufführungen gefordert hat, andernfalls er das Protektorat über die Breslauer Jahrhundertausstellung niederlegen wolle. Der „Berliner Volks-Zeitung“ wird aus Breslau gemeldet: „Wie aus sicherer Quelle verlautet, hat das Hofmarschallamt des Kronprinzen bereits am vorigen Dienstag den Magistrat von Breslau telegraphisch davon verständigt, daß der Kronprinz das Protektorat niederlegen werde, falls die Aufführungen des Gerhard Hauptmannschen Festspiels nicht eingestellt würden. Die Ausstellungsleitung setzte sich mit dem Hofmarschallamt sofort in Verbindung und bemühte sich, mit Rücksicht darauf, daß nur noch wenige Vorstellungen in Aussicht genommen seien und mit Rücksicht auf die hohen Kosten, den Kronprinzen von seinem Standpunkt abzubringen. Als aber diese Versuche ergebnislos verliefen, entschloß man sich zur Aufgabe der weiteren Vorstellungen. Die Schauspieler werden bis morgen, bis zu dem Tage, an dem die Gagen gezahlt werden, in Breslau bleiben.“

Für Gerhardt Hauptmann bedeutet das Verbot seines Festspiels in Breslau natürlich eine gewaltige Reklame, und er scheint auch das warme Eisen schmieden zu wollen. Die „Vossische Zeitung“ hat den Dichter ausgefragt, was er nun zu tun gedenke. Hauptmann antwortete, daß er sich darüber noch nicht vollkommen klar sei. Vielleicht werde er in Berlin einen Vortrag über sein Festspiel halten. Die ganze Angelegenheit, das ganze Gewebe von Angriffen und Intrigen, das lediglich einen parteipolitischen Charakter trage, habe seinen Ursprung in Berlin. Dadurch, daß in der „Schlesischen Zeitung“ Artikel zweier Berliner Zeitungen veröffentlicht worden sind, sei die Angelegenheit ins Rollen gekommen, und alle Bemühungen einflußreicher Männer, unter denen sich Angehörige des hohen Adels und konservative hohe Beamte befinden, die Katastrophe zu verhindern, seien fruchtlos geblieben.

Die Tat des Kronprinzen hat die volle Zustimmung der konservativen Blätter gefunden. Die „Post“ dankt dem Kronprinzen für sein „mannhaftes und entschlossenes Eintreten“ und dafür, „daß endlich einmal in Deutschland einer aufsteht, der den Kampf mit den in der Demokratie übermächtig gewordenen Kräften nicht scheut.“

Holland.

Die Parlamentswahlen haben der Sozialdemokratie einen glänzenden Sieg gebracht. Die Stimmenzahl ist von 82 000 auf 143 000 gestiegen. Troelstra ist wiedergewählt. Die Sozialdemokratie steht noch in 21 Stichwahlen. Bisher sind gewählt 41 Klerikale, 11 Liberale, 1 Sozialdemokrat. Es haben im ganzen 47 Stichwahlen stattzufinden. Die Wiederkehr einer klerikalen Mehrheit dürfte nach dem Stande der Stichwahlen ausgeschlossen sein.

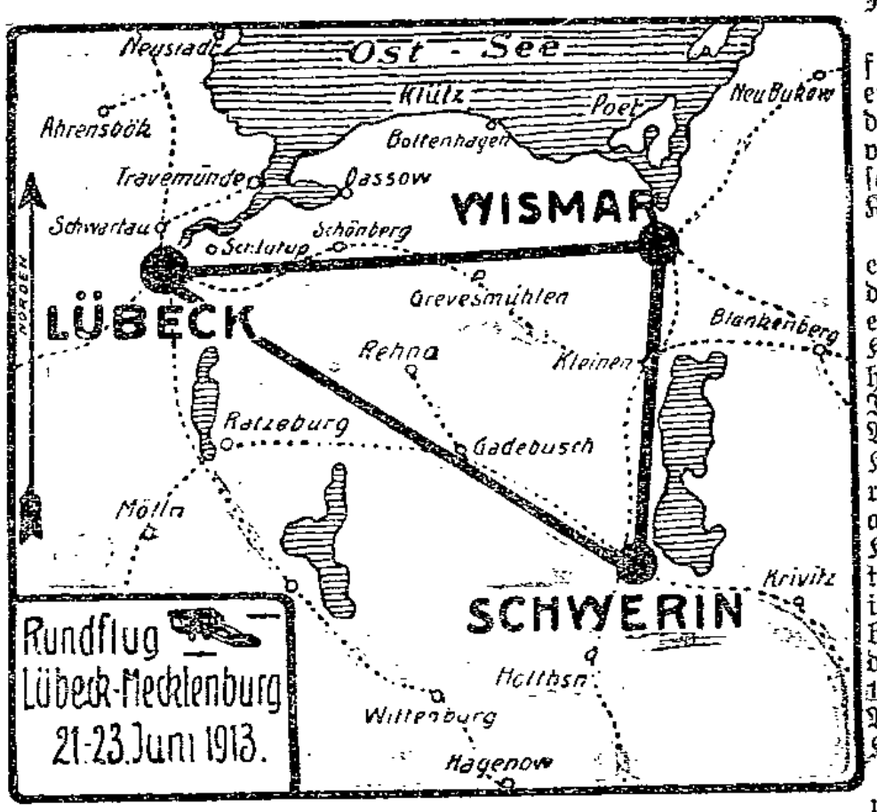
Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Donnerstag, 19. Juni.

Achtung Zentralverband der Zimmerer Deutschlands, Zahlstelle Lübeck! Über die Arbeiten der hiesigen Baudeputation (Staatsplatz) ist wegen Nichtanerkennung der hiesigen Lohn- und Arbeitsbedingungen die Sperre verhängt. Die Tarifkommission.

Die Schule als Agitationsfeld der bürgerlichen Jugendpflege. In den letzten Tagen haben Lehrer der hiesigen Volksschulen unter den Schülern ein Flugblatt des Pfadfinderkorps verteilt, das auf vaterländischer Grundlage unter der Parole „Allzeit bereit“ die deutsche Jugend auf den rechten Lebensweg weisen will. Als solcher soll der Eintritt in das Pfadfinderkorps gelten. Unterzeichnet haben außer dem Vorstand, der Lehrer Groth, Wakenitzufer 6 und Oberst Lehmann, Overbeastr. 13. Das ist also nichts mehr und nichts weniger als den Kampf gegen die freie Jugendbewegung in die Schule übertragen. Wenn man nun dieses Vorhaben reichsverbändlerischen Heißspornen nicht verargen kann, so erwartet man von Volksschullehrern mehr pädagogische Objektivität. Zehnjährige Schulbuben für die Pfadfinder einfangen zu wollen, gleicht dem „Baumfrevel“. Dieser Vorgang beweist wieder einmal in drastischer Weise, daß die ganze bürgerliche Jugendpflege nur ein Produkt der Furcht vor der Sozialdemokratie ist. Außer den Volksschullehrern sind in letzter Zeit auch noch gewisse Lehrherren auf den Kampfplatz getreten, um „das Vaterland zu retten“. So drohte ein Buchdrucker seinen drei Lehrlingen — Gehilfen hat er wohl nur einen — sie sofort auf das Pflaster zu werfen, wenn sie sich nicht schriftlich verpflichten, die Veranstaltungen der freien Jugend künftig zu meiden. Er berief sich auf den Lehrvertrag, daß Lehrlinge keinem Verein angehören dürfen. Der gute Mann weiß nicht, daß die freie Jugend mit einem Verein absolut nichts zu tun hat. Auf der anderen Seite aber forderte er seine Lehrlinge auf, in den Verein gewerblicher Lehrlinge — der dem Jungdeutschlandbund angeschlossen ist — einzutreten. Aber der Herr Buchdruckereibesitzer mag sich die Worte gesagt sein lassen: „Sie töten den Geist nicht, ihr Brüder!“ Und es gibt auch Lehrer und vor allem Lehrerfachzeitungen, die solche „Narreteien und Lächerlichkeiten“ nicht mitmachen, sondern sie wirklich verspottet haben. Woher aber diese Verfolgungswut? Es steckt — wie schon gesagt — noch einmal so viel Angst dahinter als Kraftbewußtsein. Man fürchtet sich vor der ††† proletarischen Jugendbewegung. Niemals ist jungen Leuten, die mit Ernst und Eifer an ihrer Weiterbildung arbeiten, diese Arbeit so schwer gemacht worden, wie heute. Man rechnet es den jungen Arbeitern als ein Verbrechen an, wenn sie sich redlich abmühen, die Lücken ihrer Volksschulausbildung auszufüllen. Die Machthaber schrecken vor keinem Mitel zurück, wenn es gilt, die freie Jugendbewegung zu verfolgen. Man versucht nun also völlig indifferente, ahnungslose Schulbuben für sich einzufangen. Und das läßt der Staat zu. Das ist umso abscheulicher, als derselbe Staat die Schuld trägt, daß die Bildung der Jugend so unzulänglich ist. Er bestraft diese Jugend, wenn sie nach guter, gesunder Geisteskost dürstet. Unsere Gegner fühlen eben mit dem Instinkte des Schuldbewußten, daß diese Geisteskost ihnen und ihrer Weltordnung gefährlich ist. Man giftet sich, daß wir Ordnung in die zügellose Unordnung des kapitalistischen Chaos bringen wollen. Darum wird der Kampf in die Schulstube getragen. Aber wenn sich die Herren selbst in ohnmächtiger Wut überschlagen, des können sie gewiß sein: Sie töten nicht den Geist, der in der freien Jugendbewegung lebt.

Rundflug Lübeck—Schwerin—Wismar—Lübeck. Die der Oberleitung dieser Veranstaltung obliegenden Streckensicherung ist in weitgehendster Weise vorbereitet worden, so daß bei etwaigen Unfällen den Flugzeugen und deren Führer sofort Hilfe gebracht werden kann. An die Gemeindevorsteher der Orte, die voraussichtlich überflogen werden, richtete die Leitung ein ausführliches Schreiben. Es wird darauf hingewiesen, daß die Flugzeuge Lübeck am Sonntag, dem 22. Juni, morgens von 6 Uhr ab, verlassen und direkt nach Schwerin fliegen. Von Schwerin wird der Flug am Montag, dem 23. Juni a. c., nachmittags 5 Uhr, nach Wismar gehen. Von Wismar erfolgt der Rückflug nach Lübeck etwa um 6 Uhr nachmittags am gleichen Tage. Bei ungünstiger Witterung kann eine Verschiebung um ein bis zwei Tage möglich sein. Die Aufstellung von Hilfskräften und Sanitätsmannschaften ist erwünscht. Auf der ganzen Strecke werden Automobile verkehren, welche gelbe Fähnchen mit dem Aufdruck „Rundflug L. M. L.“ tragen. Die Automobile der Oberleitung führen außerdem blaue Wimpel mit der Aufschrift „Rundflug-Oberleitung“. Es wird ersucht, die Automobile mit jeder Geschwindigkeit die Ortschaft passieren und den Führern im Bedarfsfalle jegliche erforderliche Unterstützung durch Auskunfterteilung, Meldung etwaiger Unfälle usw. zuteil werden zu lassen. Sehr zweckmäßig dürfte eine entsprechende Bekanntmachung in den Orten sein, damit den Automobilen keine Hindernisse in den Weg gelegt werden. Etwaige Unfälle auf der Strecke Lübeck—Schwerin sind schnellmöglichst telephonisch, je nach der Unfallstelle, nach Lübeck Nr. 9067 oder nach Schwerin Nr. 1035 zu melden. Unfälle auf der Strecke Schwerin—Wismar Nr. 1035 oder Wismar Nr. 191, Unfälle auf der Strecke Wismar—Lübeck entweder nach Wismer Nr. 191 oder nach Lübeck Nr. 9067.



Von guter Vorbedeutung für einen befriedigenden Verlauf der großsportlichen Veranstaltung dürfte das heute früh erfolgte Eintreffen und die sehr glatte Landung des Fliegers Rosenstein auf dem Landungsplatze an der Israelsdorfer Allee sein. Gegen 4¾ Uhr kam eine Hansa-Taube in Sicht und nachdem der Führer sich über die Lage des Platzes orientiert hatte, landete er in einem hübschen Bogen vom Schellbruch her und brachte seinen Apparat kurz vor den Zelten zum Stehen. Weitere Flugzeuge sind per Bahn eingetroffen. Die Besichtigung der Flugzeuge kann gegen ein mäßiges Eintrittsgeld erfolgen. Ein großes Doppelzelt und vier kleinere Zelte stehen für die Unterbringung der Flugzeuge zur Verfügung. — Es sei ferner darauf hinzuweisen, daß der innere für die Landung zur Verfügung stehende Platz des Fluggeländes an der Israelsdorfer Allee lediglich für den Aufstieg und die Landung der Flugzeuge reserviert und dieser Platz nur allein von den mit Armbinden versehenen, in der Leitung der Veranstaltung bezw. mit der Aufsicht betrauten Personen betreten wird. Die Anordnung der beiden Zuschauerplätze ist aber derart, daß das Publikum die Flugzeuge aus nächster Nähe beobachten kann.

Vom Hafen. Im Monat Mai kamen seewärts 183 Dampfer und 169 Segelschiffe an. 6380 Tiere wurden lebend eingeführt. Den Elbe-Trave-Kanal passierten im Mai antommend 193, ausgehend 183 Fahrzeuge.

Ein Schadenfeuer entstand gestern mittag auf Cleverhof. Dort brannte die große Scheune des Hofbesitzers Wilcken, in der Heu und Stroh sowie Gerätschaften lagerten, nieder. Die hiesige Feuerwehr rückte mit einer Dampfspritze aus, brauchte jedoch nicht mehr in Tätigkeit zu treten, da das Feuer bereits gelöscht war. Man vermutet Brandstiftung.

Das Waisenkinderfest wurde gestern in altgewohnter Weise — jedoch ohne den obligaten Regenschauer — unter zahlreicher Anteilnahme der Bevölkerung gefeiert.

Güterrechtsregister. Am 18. Juni 1913 ist bezüglich der Ehe des Schneidermeisters H. W. H. Stabenow und L. M. C. M. geb. Schmidt in Lübeck eingetragen: Der Mann hat das Recht der Frau, innerhalb ihres häuslichen Wirkungskreises seine Geschäfte für ihn zu besorgen und ihn zu vertreten, ausgeschlossen.

pb. **Erwischter Erpresser.** Ermittelt und festgenommen wurde ein 17jähriger Hausdiener aus Straßburg i. E., der an einen hiesigen Kaufmann anonym einen Brief geschrieben hat, daß er, wenn der Kaufmann nicht zu einer bestimmten Zeit an ihn postlagernd 5000 Mk. schicke, seinen Sohn und seine Tochter ermorden werde, wodurch er sich eines Erpressungsversuchs schuldig machte.

pb. **Wieder ein Fahrraddiebstahl.** Am 17. ds. Mts. gegen 2 Uhr nachmittags ist vom Flur des Hauses Mengstraße 28 ein Fahrrad, Marke „Vandalia“, mit schwarzem, Gestell, ebensolchen Felgen, nach oben gebogener Lenkstange abgenutzten Korkgriffen und der vom Polizeiamt gelieferten Erkennungsnummer 2099 abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden. Der obere Teil der Signalglocke fehlt.

pb. **Festgenommen** wurden: Ein hiesiger Geschäftsreisender, der sich des Betrages zum Nachteil seines Chefs schuldig gemacht hat, ein Arbeiter, der eine Frau mit der Begehung eines Verbrechens bedrohte, ein Klempnergeselle, der dringend verdächtig ist, ein Komplize von Bodendieben zu sein, ein Schiffszimmermann, der einem Gastwirt in Israelsdorf zwei Pferde gestohlen hat.

pb. **Diebstahl.** Am 18. d. Mts. in der Zeit von 2 Uhr nachmittags bis 19. d. Mts. 8 Uhr abends sind einem Maurer aus dem Karstadtschen Bau auf dem alten Bahndamm ein Paar schwarze Schnürstiefel mit Kappen abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden. Die Stiefel sind mit der Bezeichnung „Salvator“ versehen.

Zu der heutigen Vorstellung des Arbeiter-Bildungsvereins im Stadthallentheater sind noch Billette erhältlich. Dieselben können heute abend vor der Vorstellung im Theater zum Preise von 40 Pfg. einschließlich Garderobe in Empfang genommen werden.

Säuglingsfürsorgestelle II. Die nächste Sprechstunde findet am Freitag von 2—3½ Uhr nachmittags Schwartauer Allee 44a statt.

Öffentliche Trinkerfürsorgestelle Lübeck (Parade 1). Nächste Sprechstunde am Freitag, dem 20. ds. M., abends 6—7 Uhr.

Moorgarten. Parteiversammlung. Am Sonnabend abend 8 Uhr findet im Lokale von Fr. Wehrend (Wachholderkrug) eine Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins statt, die sich u. a. mit dem Parteitag zu Jena zu befassen hat. Bei gutem Besuch wird der Genosse Bromme einen Vortrag halten über das aktuelle Thema „Wilhelm II. und die Arbeiterschaft“. Es sollte deshalb kein Genosse fehlen.

Schwartau. Die Sprechstunde des Arbeitersekretariats findet morgen — Freitag — von 5—8 Uhr nachmittags im Lokale des Herrn Pinkert, Gasthof „Transvaal“, statt.

Ratzeburg. Einen grausigen Tod fand in der Köhnkeschen Dampfsägerei der Arbeiter Dreier. Die bei dem Sägewerk beschäftigten Arbeiter bemerkten plötzlich eine Stockung in dem Gang der Maschine, bis diese fast stillstand. Als in der das Sägewerk treibenden Dampfmaschine nachgesehen wurde, bot sich ihnen ein furchtbarer Anblick dar. Der genannte Arbeiter, der die Maschine bediente, war auf bisher unaufgeklärte Weise in das Werk geraten und vollständig zerquetscht und zerrissen.

Schönberg. Verhaftet wurde hier der Maschinenschlosser Koopmann aus Lübeck, der auf der Chaussee nach Ratzeburg einen Knaben überfiel und ihn beraubte.

Hamburg. Von einem Kohlenwagen überfahren und getötet wurde am Dienstag nachmittag ein dreijähriger Knabe. Das Kind lief beim Spielen gegen das Hinterrad eines fahrenden Kohlenwagens und wurde von diesem überfahren. Die Verletzungen des Kindes waren so schwer, daß es bald nach der Einlieferung im Eppendorfer Krankenhaus starb.

Harburg. Ein entsetzlicher Unglücksfall ereignete sich am Dienstag nachmittag in der Mangan-Kocherei der Ölfabrik von Brinkmann & Mergell. Als zwei Arbeiter einen mit einer geschmolzenen harzigen Mischung gefüllten Kessel vom Feuer hoben, schlug die Flamme in den Kessel hinein und entzündete die Masse. Der Vordermann, der der Tür am nächsten war, entkam mit leichten Brandwunden am Arm, während der zweite, dem der flammende Inhalt des Kessels den Weg versperrte, eingeschlossen war. Sein Kamerad schlug ein Fenster ein, um ihn auf diesem Wege zu retten; aber inzwischen hatte der Unglückliche schon den Weg über den Kessel hinweg genommen und ist dabei, da seine harzgetränkten Kleider Feuer fingen, verbrannt. Vom Gesicht hing ihm die Haut in Fetzen herab. Hilfsbereite Kameraden brachten dem Verunglückten die erste Hilfe und sorgten für die Überführung ins Krankenhaus. Dort ist er jedoch abends 10 Uhr bereits seinen schweren Verletzungen erlegen. Der Verunglückte, namens Brinkmann, hinterläßt Frau und zwei Kinder.

Kiel. Der Herr Leutnant. Als angeblicher Leutnant stellte sich auf dem hiesigen Bahnhof ein junger Mann dem Schalterbeamten vor und forderte auf Grund einer vorgezeigten Legitimation einen Freifahrschein. Zur weiteren Aufklärung der Angelegenheit ins Amtszimmer gebeten, prahlte der Herr Leutnant mit geheimen Aufträgen, die ihm fürs Ausland erteilt seien. Das kam dem Beamten angesichts der Jugend des Herrn doch verdächtig vor. Dieser wurde der Kriminalpolizei zugeführt, vor der er alsbald gestand, der Kaufmann Emil Becher aus Freiburg zu sein und die Uniform nur mit sich zu führen, weil es ihm Spaß mache, von Soldaten gegrüßt zu werden. Da es sich jedoch um Fälschung von Papieren handelt, wurde der „Herr Leutnant“ ins Untersuchungsgefängnis abgeführt.

Neumünster. Zu dem blutigen Ehedrama des Arbeiters Thom wird gemeldet, daß T. nach dem Attentat auf seine Frau nach dem städtischen Waldpark geflüchtet ist und sich dort mehrere Messerstiche beigebracht hat. Die Verletzungen sind jedoch nicht tödlich gewesen.

Itzehoe. Hitzschlag. Der hiesige Amtsrichter Hagemann wurde beim Tennisspiel auf dem Sportplatz vom Hitzschlag betroffen. Man schaffte den Erkrankten sofort nach seiner Wohnung, doch starb er bereits auf dem Transport.

Glückstadt. Kurze Freiheit genossen fünf der acht ausgebrochenen Korrigenden am 17. Juni. Sie gaben in ihrer Anstaltskleidung in Voßloch und Barmstedt eine kleine Gastrolle, biwakierten auf dem dortigen Friedhof und sollen durch eine stattgefundene Beerdigung zum Aufbruch gezwungen worden sein. In der Lutzhorner Heide wurden sie durch einen Gendarm und andere Personen wieder festgenommen und nach hier zurückbefördert. Der Transport durch die Stadt mit den üblichen Fesseln gestaltete sich zu einer Demonstration mit ¼ Leichengängertakt, da sie nicht schneller gehen wollten. Zirka 12 Beamte gaben ihnen das sichere Geleit.

Tondern. Opfer einer Petroleumexplosion. Verbrannt ist bei einer Petroleumexplosion die Frau des Landmannes Bosen in Süderlügum.

Güstrow. Schwurgericht. Wegen Brandstiftung hatten sich die Photographen Erich und Friedrich Dietrich, wegen versuchten Versicherungs-Betruges die Eltern derselben, Konservenkoch Christoph Dietrich und Frau Selma Dietrich, sowie wegen Beihilfe zu beiden Verbrechen der Photograph Brauer, sämtlich aus Lübeck, zu verantworten. Es wurde den Angeklagten die betrügerische Inbrandsetzung eines von den beiden jungen Dietrich in Schönberg eröffneten photographischen Ateliers in der Nacht zum 17. Oktober 1912 in Verbindung mit den übrigen Straftaten zur Last gelegt. Die Verhandlung endete mit der Freisprechung sämtlicher Angeklagten.

Rostock. In der Ostsee ertrunken. Ein junger Schriftsteller, Jürgen Jockisch, der zurzeit in Rostock lebte, hatte vor mehreren Tagen mit einigen Studenten eine Wette abgeschlossen, im Segelboot allein, ohne Kompaß und Karte, nach Dänemark zu fahren. Da bis jetzt keinerlei Nachrichten über ihn eingetroffen sind, wird angenommen, daß er in der Ostsee mit seinem Boote verunglückt ist.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Drucksachen jeder Art für **Beamte, Handwerker und Gewerbetreibende** werden sauber und pünktlich ausgeführt in der **Buchdruckerei des „Lübecker Volksbote“**

Statt besonderer Anzeige.

Am Mittwoch abend entschlief sanft nach schwerer Krankheit unser lieber Sohn und Bruder

Willy

im 20. Lebensjahre. Tief betrauert von seinen Eltern und Geschwistern.

Franz Lichtenstein und Frau Ida,
geb. **Heselbarth** und Familie.

Lübeck, den 19. Juni 1913.
Große Burgstraße 11.

Die Trauerfeier findet am Montag, dem 23. Juni, vormittags 10½ Uhr, in der Kapelle Burgtor statt. (4760

Nach kurzer schwerer Krankheit starb heute morgen 4½ Uhr meine liebe Frau, meine gute Tochter, Großmutter und Tante

Friederike Weitendorff
geb. Lexau

im 46. Lebensjahre.

Tief betrauert von den Hinterbliebenen (4744

Wilhelm Weitendorff.

Lübeck, den 18. Juni 1913.

Die Beerdigung findet am Sonnabend, dem 21. d. Mts., nachm. 4 Uhr, auf dem Vorwerker Friedhof statt.
Trauerfeier 3¾ Uhr.

Sozialdemokratischer Verein

Am Mittwoch verstarb in ihrem Lebensjahre die Genossin

Friederike Weitendorff,

Stockengießerstraße 77 4.

Ehre ihrem Andenken!

Die Beerdigung erfolgt am Sonnabend, nachmittags 4 Uhr, auf dem Vorwerker Friedhof.

Die Mitglieder sammeln sich bis 3 Uhr im „Weißen Hirsch".

(4757) **Der Vorstand.**

Zum 1. Juli eine **3-Zimmer-Wohnung** zu vermieten.
(4746) Bei St. Johannis 22, I.

Zum 1. Oktober eine freundliche **Wohnung mit Stall und etwas Gartenland** zu vermieten.
(4746) Näheres Mori Nr. 39.

Saubere Leute mit größerem Kind suchen z. 1. Okt. e. 2-Zimmer-Wohn. m. Zub. vorm Mühlent. od. deren Nähe. Ang. m. Pr. u. **B 31** a. d. Exp.

Haus mit 4 3-Zimmer-Wohn. m. Vordergarten, Fremden-Bodenzim. u. Geh. vorm Hüxtertor zu verkaufen. Käufer kommt frei zu wohnen. Ang. **F F** an die Exp. d. Bl. (4741

Sandbude mit Kochofen in der Schiffergrube billig zu verk.
(4754) Pferdemarkt 17, I.

Ein Gasherd
billig zu verkaufen.
(4751) Lübecker Straße 2, I.

Ein guterh. Korbkinderwagen
mit Gummi und auf Gummi preisw. zu verkaufen. (4751) Breitingstr. 19.

Eine schottische Karre
zu verkaufen.
(4753) Tünkenhagen 3.

Verkauf 4745

lebender Butt

am Freitag, dem 20. Juni 1913
vormittags von 8 Uhr ab
an der
Drehbrücke, Holstentorbrücke und Hüxtertorbrücke.

Verloren am Sonntag eine schwarze **Sammettasche.** Gegen Belohnung abzugeb.
4752) Marlesgrube 43, II.

Wiesenverpachtung

Habe noch einige Parzellen mit prachtvollem Grasbestande preiswert zu verpachten. (4749

v. Viebahn, Schwartau.

Zum Waschen und Plätten empfiehlt sich **Frau C. Frahm,**
4755) **Rensefeld,** Schnoorstraße 22.

Schuhwaren

für Kinder, Damen und Herren in großer Auswahl. (3710

Damenstiefel . . . **4.95—12.50**
Herrenstiefel . . . **5.50—14.95**
Kinderstiefel, Gr. 22—35, in den Preislagen . . . . **1.95—6.25**
Sandalen, braun Segeltuch, Paar **1.08, 1.25, 1.48**
Sandalen, lederne, Paar . **1.58, 1.78, 1.98, 2.28**
Anzüge f. Kinder . **2.25—13.—**
Herren-Anzüge . **12.85—47.50**

Arbeiter-Garderobe sehr billig.

Johannes Holst,
Kohlmarkt 6. Markt 6.

Visitkarten

— ff. Elfenbeinkarton —
100 Stück von Mk. 1.— an
liefert
Die Buchdruckerei des Lübecker Volksboten:
Johannisstraße 46.

Jeder der sich und die Seinen weiterbilden und seine Bücherei auf billigste Weise (40 Pf. im Monat) vermehren will, trete dem weit über 100 000 Mitglieder zählenden

Kosmos, Gesellschaft d. Naturfreunde (Sitz Stuttgart)

bei. Für den geringen Jahresbeitrag von

nur M 4.80

(dazu im Buchhandel 20 Pfg. Bestellgeld, durch die Post d. Porto) **erhält man kostenlos:**

1. die reichillustrierten Monatshefte

Kosmos, Handweiser f. Naturfreunde mit den Beiblättern:

Wandern und Reisen — Wald und Heide — Photographie und Naturwissenschaft — Technik und Naturwissenschaft — Haus, Garten und Feld — Natur in der Kunst — Natur und Heimatschutz.

2. Auskünfte, Vergünstigungen bei Bezug von Büchern, Mikroskopen, b. Vorträgen u. Kursen etc.
3. ohne jede Nachzahlung

fünf wertvolle Bücher

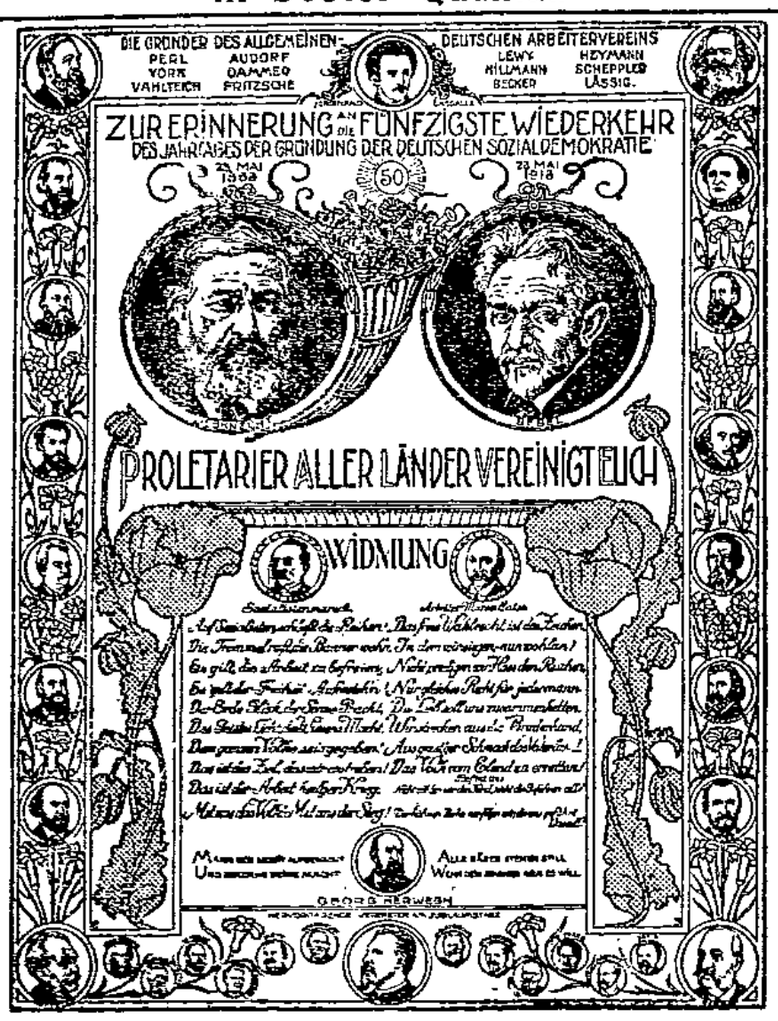
erster Schriftsteller; im Jahre 1913: **W. Boelsche,** Festländer und Meere; **Dr. K. Floericke,** Einheim. Fische; **Dr. Ad. Koelsch,** Der blühende See; **Dr. H. Dekker,** Vom siegenden Zellenstaat; **Dr. A. Zart,** Atome und Moleküle.

Eintritt jederzeit! Anmeldungen nimmt jede Buchhandlung entgegen, wo keine solche, wende man sich an den „Kosmos", Stuttgart.

Probehefte und Prospekte postfrei!

Meierei Schwartau

Inh.: **Ph. Eitel** — Fernspr. 2144
liefert Vollmilch und Milchprodukte aller Art in bester Qualität. (368



Gedenkblatt

zur 50jährigen Jubiläumsfeier der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Preis 60 Pfg.

Zu beziehen durch die Buchhandlung von
Friedr. Meyer & Co., Johannisstr. 46
und deren Kolporteure.

Kranken- u. Sterbekasse gewerblicher Arbeiter.

(E. H. Nr. 24).

Außerordentl. General-Versammlung

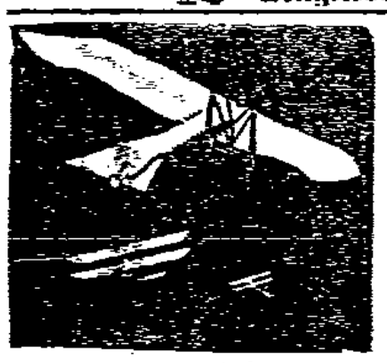
am Freitag, dem 20. Juni 1913
abends 8½ Uhr
im Gewerkschaftshaus, Johannisstraße 50-52.

Tagesordnung:

1. Die Ersatzkassen nach der Reichs-Versicherungs-Ordnung.
   Referent: Arbeitersekretär Paul Hoff.
2. Beschlußfassung über die Ausgestaltung unserer Kasse (ob Zuschuß- oder Ersatzkasse.)
3. Statutberatung.

3952) **Der Vorstand.**

Mitgliedsbücher sind vorzuzeigen.



Rundflug

Lübeck-Mecklenburg-Lübeck

auf dem Landungsplatze an der Israelsdorfer Allee.

Freitag, den 20. Juni, nachm. 6 Uhr:

Abnahme der fertig aufmontierten 6 Flugzeuge durch die Oberleitung.

Sonnabend, den 21. Juni, nachmittags von 5 Uhr ab:

Wettflugkonkurrenzen sämtlicher Flugzeuge (Höhenflüge: Mindesthöhe 500 Meter). 6 erstklassige Flieger resp. Fliegerinnen.

Sonntag, den 22. Juni, früh 6 Uhr:

Abflug der Flieger nach Schwerin.

Montag, den 23. Juni, nachmittags von 6 Uhr ab:

Ankunft der Flieger von Wismar.

An allen 3 Tagen: Konzert.

Preise der Plätze: 1. Platz (Zeltkarte) 1 M, Kinder 50 ₰. 2. Platz 50 ₰, Kinder 30 ₰. Dauerkarte (gültig für sämtliche Veranstaltungen) 1. Platz 2 M (nur an den Tageskassen). Karten im Vorverkauf: 1. Platz 90 ₰, Kinder 40 ₰. 2. Platz 40 ₰, Kinder 20 ₰. Schüler im Klassenverbande in Begleitung von Lehrern, sowie Militär ohne Charge 10 ₰. Vorverkaufsstellen: **Otto Borchert,** Breitestraße, **H. Drefalt,** Sandstraße und Breitestraße, **Fr. Nagel,** Markt 14, **W. Koch (Th. Wulff Nachf.),** Holstenstraße 40, **Carl Ross,** Kohlmarkt 21, **Hinrich Buse,** Breitestraße, Ecke Johannisstraße, **Fr. Geist,** Hüxterdamm 8.

Mitglieder des Lübecker Vereins für Luftfahrt haben gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte freien Zutritt zum 1. Platz.

Anmeldungen von Personen, welche als Fluggast in einem der Flugzeuge Platz finden möchten, bei dem sportlichen Oberleiter der Veranstaltung, Herrn Johs. Fr. J. Möller, Israelsdorfer Allee 13 a. (4721

Konzerthaus Fünfhausen.

Morgen: Tanzkränzchen.
Sonntag: Freies Tanzkränzchen.

(4754

Die Arbeiter-Garderoben aus dem Spezial-Geschäft von

Lübeck Markt 4 — Otto Albers — Kohlm. 10

sind vorteilhaft bekannt durch gute Verarbeitung u. sehr billige Preise. U. a.: 8)

Lederhosen . . .	**2.20—6.45**
Maurerhosen . .	**2.60—6.75**
Schlosserhosen .	**1.88—5.25**
Überziehhosen . .	**1.08—2.35**
Zwirn-Hosen . .	**1.68—3.25**

leinene Jacken, schräge u. gerade, **1.28,** Kasen, Hemden, Schlachterjacken, Friseurjacken, Malermäntel erstaunlich billig. Mützen von **30** Pf. bis 1.88 Mk. **Rote Lubecam.**

Gute Speisekartoffeln

10 Pfd. 20 Pfg. sind zu verkaufen

A. H. Dibbert,
4737) **Tünkenhagen 20.**

Gratis. Gratis.

Gebe am Freitag u. Sonnabend auf 1 Pfd. Margarine zu 80 oder 90 Pfg. **1 Stck. Block-Schokolade,** auf 2 Pfd. Margarine zu 80 oder 90 Pfg. **10 Bouillon-Würfel** oder **1 Pfd. Malzkaffee.** (4759

Ferner empfehle:

Ia. Edamer Käse . per Pfd.		**95 ₰**
Holländer Käse . . „	„	**80 ₰**
Feinstes Palmfett . „	„	**58 ₰**
Natur-Honig . . . 1 Pfd.		**90 ₰**
Natur-Honig . . . 1 „		**1.70 M.**
Kunst-Honig . . . 2 „		**80 ₰**

H. Scheel, Beckergrube 31.

Gratis. Gratis.

Wie bekannt, zahle die höchsten Preise für **Hausstandslumpen, Zeitungen, Eisen, Metalle, Neutuch, Taue.** (1225
Fernruf 2430. Postkarte genügt.
Waisenhofstraße 25.

Sozialdemokratischer Verein Schwartau-Rensefeld.

Umständehalber findet unsere Mitglieder-Versammlung erst am Freitag, dem 27. d. Mts., statt.

4761) **Der Vorstand.**

Arbeiter-Abstinentenbund.

Versammlung
am Freitag, dem 20. Juni
abends 8½ Uhr
im Gewerkschaftshaus
4750) **Der Vorstand.**

Freiwillige Feuerwehr Schönböcken.

Einladung zum Sommer-Fest

verbunden mit **Konzert und Ball am Sonntag, dem 22. Juni** im Lokale des Kameraden **Grabner im Landhaus.**

Von 4—6 Uhr: Konzert.
Ballanfang 6 Uhr. — Ende 2 Uhr.
Eintritt für Konzert 20 Pfg., mit Ball 1 Mk.

Alle passiven Mitglieder, Freunde und Kameraden, sowie auswärtige Wehren laden wir hiermit freundlichst ein (4748) **Der Vorstand.**

Neu-Lauerhof.
Arnimstraße 33.

Gr. Gartenkonzert am Freitag, dem 20. Juni.
Anfang 6 Uhr. Eintritt frei.
Bei ungünstiger Witterung findet das Konzert im Saal statt.
Es ladet freundlichst ein
4758) **August Busch.**

Lübecker Sommer-Theater
i. d. Stadthallen. Dir. Ernst Albert.

Freitag, den 20. Juni:
Novität für Lübeck:
Kater Lampe.
Heitere Komödie von Rosenow.
Sonnabend, den 21. Juni:
Der wilde Reutlingen.
Sonntag, den 22. Juni:
Schwanknovität:
Mondbäder.
4747) Anfang stets 8¼ Uhr.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 141. Donnerstag, den 19. Juni 1913. 20. Jahrg.

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten".

Berlin, 18. Juni 1913.

164. Sitzung. Nachmittags 3 Uhr.
Am Bundesratstische: v. Heeringen.

Zweite Beratung der Heeresvorlage.

6. Tag.

Es wird zuerst über die zurückgestellten Anträge und Resolutionen über Verkürzung der Dienstzeit, Einjährigenprivileg, Burschenwesen usw. abgestimmt.

Der sozialdemokratische Antrag Albrecht und Genossen auf Einführung der allgemeinen einjährigen Dienstzeit wird gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt, ebenso der Eventualantrag auf Beseitigung des Einjährigenprivilegs. Dagegen wird die fortschrittliche Resolution Ablaß und Genossen, die den Reichskanzler ersucht, eine Verkürzung der Dienstzeit nach Möglichkeit eintreten zu lassen, angenommen. Dafür stimmen die Fortschrittler, Sozialdemokraten, Polen, die Zentrumsabgeordneten Gröber und Müller-Fulda sowie einige weitere Zentrumsabgeordnete. Ebenso wird eine weitere fortschrittliche Resolution auf Ausdehnung der Einjährigendienstzeit auf Kunsthandwerker und ähnliche Berufe (sogenannter Künstlerparagraph) angenommen. Dagegen stimmen nur die Sozialdemokraten und die Konservativen. Sodann wird eine Resolution der Budgetkommission auf Reform des Einjährig-Freiwilligendienstes im Sinne einer Erweiterung und Erleichterung der Zulassung auf Grund der Fachausbildung gegen die Stimmen der Konservativen angenommen.

Der sozialdemokratische Antrag Albrecht und Genossen, das Burschenwesen zu beseitigen, wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Polen, des Fortschrittlers Neumann-Hofer und des Zentrumsabg. Müller-Fulda abgelehnt. Einen Antrag Ablaß und Genossen, das Burschenwesen einzuschränken, namentlich keinem Offizier mehr als einen Burschen zu erlauben, wird mit den Stimmen der gesamten Linken und des Zentrums angenommen.

Nunmehr tritt das Haus in die Beratung der Anträge über das Gardekorps ein.

Hierzu liegt ein Antrag Albrecht und Genossen vor: „Bestimmungen, durch die das Gardekorps und die sonstigen Eliteformationen sich von den übrigen Truppenteilen unterscheiden, sind unzulässig. Bestehende Bestimmungen dieser Art werden aufgehoben." Ferner eine Resolution Ablaß und Genossen: „Den Reichskanzler zu ersuchen, dahin zu wirken, daß keinerlei Privilegierung einzelner bestimmter Truppenkörper nach Garnisonsort, Avancement usw. stattfindet."

Dr. Lensch (SD.) begründet den Antrag Albrecht: Unsere Partei legt Wert darauf, daß hier ein Antrag und nicht nur eine Resolution angenommen wird. Auch die bürgerlichen Parteien sollten sich das überlegen, nachdem der Reichskanzler sich erst vor wenigen Tagen in so schroffer Weise gegen jede Demokratisierung und Reformierung des Heeres ausgesprochen hat. Ein Antrag ist notwendig, weil Resolutionen billig sind wie Brombeeren. Wenn der Korb voll ist, läßt die Regierung sie wegfahren. (Heiterkeit.) Vielleicht überlegt es sich der Schatzsekretär Kühn einmal, ob er diese Makulatur nicht günstig verkaufen kann. (Erneute Heiterkeit links.) Für die Existenz eines Gardekorps fehlt jede gesetzliche Grundlage. In der Kommission hat sich der Abg. Gröber die größte Mühe gegeben, nachzuweisen, daß kein Gesetz besteht, daß die Existenz einer Garde verbietet. (Heiterkeit links.) Auf diese Weise kann man alles beweisen. Es bleibt dabei, daß das Bestehen von Eliteregimentern mit der Reichsverfassung in Widerspruch steht. Aber gerade wo Begriffe fehlen, da stellt ein Wort zu rechter Zeit sich ein. Was sage ich: ein Wort nicht, eine Unmasse von Worten, ein wahrer Platzregen von Worten, sogar der Abg. Erzberger (Stürmische Heiterkeit links). Auch er hat zu beweisen versucht, daß die Garde ein Recht auf Existenz hat. Man hätte erwarten sollen, daß die Militärverwaltung uns für unsern Antrag dankbar hätte sein müssen, denn der Kriegsminister hat in der Kommission erklärt, daß die Garde ungefähr erst sieben Tage später mobil gemacht werden kann, als die übrigen Truppen. (Hört, hört! links.) Das ist ja auch klar, denn die Garde setzt sich aus ganz Preußen einschließlich Elsaß-Lothringen zusammen und die Berliner Bevölkerung, die doch am Ort wohnt, ist überhaupt nicht in ihr vertreten. Die Berliner Bevölkerung wird in die Grenzbezirke abgeschoben. Wenn die Dinge so liegen, wenn die Schlagfertigkeit des Heeres unter der Existenz der Garde leidet, so muß doppelt und dreifach unterstrichen werden, daß der Kriegsminister in der Kommission unseren Antrag nicht nur schroff abgelehnt hat, sondern erklärte: Wenn dieser sozialdemokratische Antrag angenommen wird, dann fällt das ganze Gesetz. (Stürm. Hört, hört! bei den Soz. — Abg. Ledebour: Das beweist, daß das ganze Gesetz überflüssig ist! — Sehr wahr! b. d. Soz.) Monatelang hat sich die Regierung strapaziert, uns zu beweisen, daß die gewaltige Verstärkung des Heeres im Interesse der Sicherheit des Reiches notwendig ist, daß vom Balkan her trübe Wolken herüberziehen, daß die Serben und Griechen, die Montenegriner und Bulgaren drauf und dran sind, über das Deutsche Reich herzufallen, daß von Rußland auf der einen und von Frankreich auf der andern Seite Gefahr droht, daß dort schon die Messer geschliffen werden, die uns an die Kehle gesetzt werden sollen, daß der Panslawismus eine Gefahr ist, und nun erklärt in demselben Augenblick der Kriegsminister: Wenn Ihr mir die Garde streicht, dann ist das alles Makalatur, was ich Euch erzählt wabe. (Stürm. Hört, hört! bei den Soz.) Also erst die Garde, dann das Vaterland! Wenn wir Sozialdemokraten Ehrenzeichen für Förderung unserer Bestrebungen zu vergeben hätten, ich würde sofort den Antrag stellen, daß der Genosse Heeringen eine goldene Ehrenkette bekommen soll. (Große Heiterkeit.) Die Aeußerungen des Kriegsministers beweisen jedenfalls, daß es mit der Aufrechterhaltung der Garde eine besondere Bewandtnis haben muß. Da man die wahren Gründe aber nicht offen aussprechen kann, muß man irgend etwas vorspiegeln, und sich hinter spanische Wände verstecken. So hat man in der Budgetkommission erklärt, die Beseitigung des Gardeprinzips sei absolut unmöglich, denn das wäre ein Eingriff in die Kommandogewalt! Seit Wochen schon hat man uns immer wieder, wenn wir irgendwelche Anträge auf Reformen im Heer gestellt haben, gesagt: Das dürft Ihr nicht, das wäre ein Eingriff in die Kommandogewalt. Als wir seinerzeit beantragten, von den zwölf Adjutanten des Kaisers sechs als überflüssig zu streichen, da erklärte das Zentrum, und der Kriegsminister pflichtete ihm glückstrahlend bei, das dürfe man nicht, das wäre ein Eingriff in die Kommandogewtlt. Ebenso war es immer noch, wenn wir die Militärjustiz reformieren wollten usw. In diesem mystischen Begriff der Kommandogewalt, wie er sich hier in Deutschland ausgewachsen hat, haben wir die schwerste Wurzel unserer gesamten politischen Rückständigkeit. (Sehr wahr! bei den Soz.) In Deutschland werden die Soldaten nicht auf die Verfassung vereidigt, sondern lediglich allein auf den Landesherrn, dem sie die Treue schwören müssen, und dadurch werden die Soldaten zu willenlosen Instrumenten ihres speziellen Landesherrn. Die Kommandogewalt ist das Feigenblatt für den deutschen Absolutismus, der in der Fridolintreue, die für Deutschland bezeichnend ist, wurzelt. Die bürgerlichen Parteien sind an dem Fortbestehen des Absolutismus selst schuld, denn lieber lassen sie sich von ihm versklaven, als daß sie vereint mit den Arbeitern, denen sie allerdings das Abssteigen zur Freiheit ermöglichen müßten, ihn niederkämpfen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Nach ihrer geschichtlichen Entstehung ist die Garde nichts weiter und soll nichts weiter sein, als das persönliche Werkzeug eines Autokraten, sie stammt aus der Zeit des Senerissimus, des Zopfs, der Wachtparade und der Soldatenspielerei, für deren Weiterleben die schreienden Uniformen, die im Feuergefecht die beste Zielscheibe abgeben würden, und der ganze Gardebrimborium Beweise sind. Diese völlig unbrauchbaren knallroten Uniformen der Leibgardehusaren, „Affenjacken" vom Volk genannt, (Heiterkeit b. d. Soz.) usw. tun übrigens dar, daß die Garde zu allem möglichen anderen ausersehen ist, als zur Verwendung im Kriege. Es fehlt auch nicht an Erinnerungen an die Zopfzeit und an die Wachtparade. Der Schellenbaumträger des 1. Garde-Regiments ist ein Schwarzer, nicht etwa ein Zentrumsmann (Stürmische Heiterkeit), sondern ein richtig gehender Neger aus Kamerun — ganz wie im 18. Jahrhundert zu Serenissimi Zeiten. Bei den Griffübungen kommen die meisten Soldatenschindereien vor, der friderizianische Präsentiergriff bei der Garde muß aber besonders schwer zu erlernen sein. Im Exerzierreglement steht nichts von ihm. Zu solchem abgeschmackten Paradezeug ist der preußische Soldat wirklich zu gut. Man verwendet in Potsdam Gardesoldaten aber auch zu rein höfischen Dienstleistungen, z. B. als Fackelträger. Das ist nicht mit den Fackeltänzen der preußischen Minister zu verwechseln (Heiterkeit), die sind eine freiwillige Sache, denn es wird niemand gezwungen, preußischer Minister, wohl aber preußischer Gardesoldat zu werden. Wir protestieren auf das schärfste gegen einen derartigen höfischen Mißbrauch der Dienstzeit des Soldaten. (Lebhafte Zustimm. b. d. Soz.) In den letzten Wochen ging in Berlin, glaube ich, ein höfisches Familienfest vor sich. Da mußten die Gardesoldaten auf der Straße stundenlang immerfort präsentieren. (Zuruf rechts: Ja, warum denn nicht?) Wenn das zur Sicherung der Wehrhaftigkeit des deutschen Volkes nötig ist, dann beweist das, daß die zweijährige Dienstzeit noch viel zu lang ist. (Lebh. Sehr richtig! b. d. Soz.) Die Soldaten mußten präsentieren vor dem Zaren und seiner Kumpanei (Pfuirufe und erregtes Schreien rechts. — Gegenrufe b. d. Soz.: Ruhe dort drüben!) — (Präsident Dr. Kämpf ruft den Redner wegen Beleidigung fremder Souveräne zur Ordnung. — Beifall rechts. — Widerspruch b. d. Soz.) — Nach meinem Empfinden habe ich den Zaren nicht beleidigt. (Sehr richtig! b. d. Soz. — Der Präsident bittet, sich seiner Anordnung zu fügen. — Beifall rechts — Widerspruch b. d. Soz. — Abg. Ledebour: Wird man die russischen Spitzbuben nicht Kumpanei nennen dürfen. — Präsident Kämpff: Ich bitte keine Unterbrechungen! — Große Heiterkeit b. d. Soz.) Man darf die Zustände im Reichstag also nicht einmal so kritisieren, wie in jeder Volksversammlung? (Stürmische Zust. b. d. Soz. — Lachen rechts.) Nach dem Kriegsminister hat die Garde eine tiefe monarchische Bedeutung. Nun, ihre Standorte Berlin und Potsdam senden Sozialdemokraten in den Reichstag und noch dazu was für welche! (Große Heiterkeit.) Wenn z. B. die Wahl Liebknechts und Ledebours die Früchte der monarchischen Gardeerziehung sind, dann tut mir die ganze Garde leid! (Schallende Heiterkeit.) Die ruhmreiche Haltung der Garde in ihren Schlachten, soll die Notwendigkeit von Elitetruppen beweisen. 1813 hat die Garde nur an der Schlacht von Großgörschen teilgenommen, 1814 war sie gut, in Paris mit einzuziehen. Sie hatte die besten Quartiere bekommen und sah am propersten aus von der ganzen Armee. Diejenigen preußischen Bataillone aber, die alle die großen Schlachten geschlagen hatten und dem König Friedrich Wilhelm III die Krone von dem Komposthaufen wieder emporgehoben hatten, auf den Napoleon sie hingetreten hatte, wurden von den vor Paris an ihnen vorbeireitenden König als „schmutzige Leute, die schlecht aussehen" bezeichnet und mußten vor Paris draußen bleiben. Das war der Dank, die lackierten Gardetruppen aber durften nach Paris hineinmarschieren! (Hört, hört! b. d. Soz.) Ich bin der letzte, der die Leistungen des Gardekorps bei Saint Privat herabsetzen wollte, aber wenn man die Dinge etwa so darstellen will, als ob der Gardecharakter die Seele des Kampfes gewesen wäre, so verweise ich darauf, daß der gewiß sachverständige Friedrich Engels geschrieben hat, die Garde hätte ihre Kompagniekolonnenform im Feuergefecht infolge der furchtbaren Verluste sofort aufgegeben und in den von oben getadelten Schützenschwärmen kämpfen müssen. Die Soldaten seien wieder einmal klüger gewesen wie die Offiziere — d. h. die Offiziere waren wieder einmal dümmer wie der Mann! (Große Heiterkeit links.) Das ist die Garde, das ist das Kennzeichen dafür! Ihre Legenden erreichen das Gegenteil von dem, was Sie damit wollen! — Die Liberalen haben früher immer über die feudale Exklusivität des Gardeoffizierkorps geklagt; unser Antrag beschäftigt sich mit der Garde als ganzes. Erreicht haben die Freisinnigen mit ihren Klagen garnichts, die Exklusivität des Gardeoffizierskorps ist immer strenger durchgeführt worden.

Müllerliebe.

Roman von George Sand.
Deutsch von Heinrich Hesse.

(8. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

„Wahrhaftig," sagte die Baronin, „Sie besitzen die wahre Höflichkeit, ich erkenne es — in unseren Kreisen hat man sie nicht. Sie lehren mich, daß Bescheidenheit und Zurückhaltung, diese so gerühmten Vorzüge, so geworden sind, seitdem das Wohlwollen sich in Komplimente verwandelt hat und die gute Lebensart nicht mehr der Ausdruck aufrichtiger Gefälligkeit ist."

„Sie reden gut," sagte der Müller, dessen Gesicht in diesem Augenblick von lebhafter Intelligenz verklärt wurde, und es freut mich, Ihnen eine Gefälligkeit erwiesen zu haben — auf Ehre!"

„In diesem Falle werden Sie mir erlauben, Sie auch meinerseits zu empfangen, wenn Sie nach Blanchemont kommen?"

„Ah . . . Verzeihung, aber ich werde nicht in Ihr Haus treten. Ich werde zu Ihrem Pächter gehen, wie ich es oft tue, und Korn holen. Und ich werde es mit Freuden begrüßen — das ist alles."

„O, Herr Ludwig . . . nicht einmal ein wenig stärken wollen Sie sich bei mir?"

„Ja —und nein. Ich esse oft bei Ihren Pächtern. Aber wenn Sie da sind, wird sich das ändern. Sie sind eine adlige Dame — das genügt."

„Ich verstehe Sie nicht — erklären Sie sich deutlicher."

„Spaß beiseite — haben Sie denn nicht die Gebräuche des alten Adels beibehalten? Würden Sie nicht den Müller mit Ihren Dienstboten in die Küche schicken — und doch sicher ohne sie selbst? Mich würde es allerdings nicht aufbringen, mit Ihnen zu essen, da ich es ja auch heute bei mir getan habe. Aber es würde mir komisch vorkommen, Sie zu mir gesetzt zu haben, und mich nicht zu Ihnen setzen zu können in der Ofenecke, und Ihren Stuhl neben dem meinen. Gewiß — so bin ich ein wenig stolz. Ich würde Sie keineswegs tadeln — jeder folgt eben seinen Ideen und Gebräuchen. Und darum habe ich auch kein Bedürfnis, hinzugehen und mich denen anderer Leute zu unterwerfen, wenn ich nicht dazu gezwungen bin."

Marcella war im höchsten Grade betroffen von dem gesunden Menschenverstande und der aufrichtigen Kühnheit des Müllers. Sie fühlte, er gab ihr eine ausgezeichnete Lehre, und sie freute sich über ihre gefaßten Pläne, die ihr erlaubten, sie ohne Erröten anzunehmen.

„Herr Ludwig," sagte sie, „Sie täuschen sich über meine Person. Es ist nicht meine Schuld, wenn ich dem Adel angehöre. Aber die Sache liegt so, daß ich mich zum Glück oder aus Zufall seinen Gebräuchen nicht mehr unterwerfen will. Wenn Sie zu mir kommen, werde ich nicht vergessen, daß Sie mich als Ihresgleichen aufgenommen und mir gedient haben wie Ihrem nächsten, und um Ihnen zu beweisen, daß ich nicht undankbar bin, werde ich, wenn es sein muß, Ihr Gedeck und das Ihrer Mutter selbst auf meinem Tische herrichten — wie Sie es bei mir getan."

„Wirklich . . . Sie würden es tun?" fragte der Müller, indem er seine Blicke auf Marcella ruhen ließ mit einem Gemisch von Überraschung und ehrfurchtsvollen Zweifeln und vertraulicher Sympathie. „In diesem Falle werde ich hingehen . . . oder lieber nein, ich tue es nicht, denn ich sehe wohl, eine wie ehrbare Person Sie sind."

„Ich verstehe nicht, wozu diese Bemerkung."

„Ah, wenn Sie nicht begreifen . . . es fällt mir ein bißchen schwer, mich besser auszudrücken."

„Aber, Ludwig . . . ich glaube, du bist von Sinnen," sagte die alte Maria, die mit ernster Miene strickte, während sie das ganze Gespräch anhörte. „Ich weiß gar nicht, wo du das alles her hast, was du da zu unserer Dame schätzest. Entschuldigen Sie, Frau Baronin . . . das Bürschchen ist gar nicht verständig und redet zu jedem, ob alt oder jung, was ihm nur in den Sinn kommt. Sie dürfen darüber nicht böse sein. Im Grunde hat er doch ein gutes Herz, glauben Sie mir nur, und ich merke wohl, daß er für Sie in diesem Augenblick durchs Feuer gehen würde."

„Durchs Feuer . . . das ist noch nicht sicher," sagte der Müller lachend. „Wohl aber ins Wasser — das ist mein Element. Du siehst wohl, Mutter, wie geistreich die Baronin ist, und das man ihr ruhig alles sagen kann, was man denkt. Ich würde es sogar zu Herrn Brikolin, ihrem Pächter sagen, der doch gewiß mehr zu fürchten ist als diese Dame hier!"

„Sagen Sie doch, Meister Ludwig . . . reden Sie, ich möchte mich gern belehren lassen. Warum würden Sie mein Haus nicht betreten, da ich eine ehrbare Person bin?"

„Weil es Unrecht von uns wäre, uns mit Ihnen in nähere Bekanntschaft einzulassen, und Sie unrecht daran tun würden, uns als Ihresgleichen zu behandeln — es würde Unannehmlichkeiten für Sie im Gefolge haben. Die Angehörigen Ihres Standes würden Sie tadeln — sie würden sagen, Sie vergäßen Ihren Rang, und ich weiß, ein wie großes Verbrechen dies in ihren Augen bedeutet. Und dann auch — die Güte, die Sie uns bezeugen würden, müßten Sie auch den andern erweisen, oder dies würde Eifersüchtige schaffen und uns Feinde zuziehen. Jeder muß seiner Bahn folgen. Es heißt, die Welt habe sich seit fünfzig Jahren gewaltig geändert. Ich aber behaupte, es hat sich nichts geändert als unsere Ideen. Wir wollen uns nicht mehr unterwerfen, und meine Mutter hier, die brave Frau, die ich trotzdem lieb habe, sieht in vielen Dingen anders als ich. Aber die Ideen der Reichen und Adligen sind, was sie immer gewesen. Und wenn Sie sie nicht haben, diese Ideen, wenn Sie die Armen nicht verachten und Sie ihnen dieselbe Ehre erweisen wie Ihresgleichen, so wird dies vielleicht um so schlimmer für Sie sein. Ich habe Ihren Gatten, den verstorbenen Herrn von Blanchemont oft gesehen, den einige noch den gnädigen Herrn von Blanchemont nannten. Er duzte uns. Wäre es aus Freundschaft gewesen, so möchte es noch hingehen. Aber es war Verachtung — man durfte nur stehend und mit dem Hute in der Hand mit ihm sprechen. Mir paßte das kaum. Eines Tages begegnete er mir auf dem Wege und befahl mir, sein Pferd zu halten. Doch ich heuchelte taube Ohren . . . Er nannte mich einen Tölpel . . . ich sah ihn von der Seite an. Wenn er nicht so schwach, so winzig gewesen wäre, würde ich ein Wörtchen mit ihm geredet haben. Doch das wäre feige von mir gewesen, und ich setzte meinen Weg singend fort. Wenn dieser Mann noch lebte und Sie so sprechen hörte, würde er nicht sehr befriedigt sein. Aber . . . schon an dem Gesichte Ihrer Dienstboten sah ich heute morgen, wie vergessen sie Sie fanden in Ihrem Benehmen und uns sogar ihnen gegenüber. Lassen Sie es gut sein, gnädige Frau . . . es steht Ihnen wohl an, auf Ihrem Spaziergange zuweilen in die Mühle einzukehren, und für uns, die wir Sie lieben, paßt es sich, daß wir Ihrem Schlosse fernbleiben und uns dort nicht zu Tische setzen."

„Um Ihrer Worte willen, die Sie soeben ausgesprochen, verzeihe ich Ihnen alles übrige und verspreche mir, Sie zu überzeugen," sagte Marcella, indem sie ihm die Hand reichte mit ausdrucksvollem Antlitz, dessen edle Keuschheit Gefühle der Ehrfurcht auslösten, während ihr Benehmen Zuneigung und Liebe in den Herzen der einfachen Landleute weckte. Und der Müller errötete, als diese zarte Hand sich in seine große Arbeitshand legte, und zum erstenmal wurde er schüchtern vor Marcella — wie ein kühnes und gutes Kind, dessen edler Stolz plötzlich besiegt wird von großer Rührung.

„Ich werde mich auf die Sophie setzen und Ihnen bis Blanchemont als Führer dienen," sagte er nach einem Augenblick verlegenen Schweigens. „Der Unglücksmensch von Kutscher könnte Sie noch einmal in die Irre führen, obgleich es nicht mehr weit ist."

„Nun wohl, ich nehme es an," antwortet Marcella. „Und werden Sie jetzt noch sagen, ich sei stolz?"

Herr v. Einem gestand die Dinge wenigstens zu. Herr v. Heeringen aber leugnet sie. Es ist unglaublich, was wir in der Kommission an Ableugnungen von Dingen erlebt haben die man nicht wegleugnen kann, es sei denn, das man Kriegsminister ist. (Der Präsident ruft den Redner unter lebhaftem Widerspruch der Sozialdemokraten zur Ordnung. — Beifall rechts.) Es ist ja historisch begründet, daß sich aus der Crême der Bourgeoisie eine Crême double, eine Neufeudalität, bildet. Wenn die Regimenter in entlegene Garnisonen verlegt werden, verlieren sie die adligen Offiziere wie Spreu im Wind. Die Avancementsverhältnisse in der Garde sind bei weitem günstiger, wie in anderen Truppenteilen. Die Garde ist der Militarismus in Reinkultur, bei Prozessen gegen Gardeoffiziere, selbst wenn sie schon angeklagt werden, wird die Öffentlichkeit immer ausgeschlossen. Ein wegen Soldatenmißhandlung verurteilter und bald darauf nach Breslau versetzter Gardehauptmann v. Grollmann wurde unter Überspringung zahlreicher Vordermänner zum Major befördert. (Hört, hört! bei den Soz.) Ein Hauptmann, der zu meiner Zeit auf dem klassisch-traditionellen Boden der Soldatenmißhandlungen im Potsdamer Lustgarten mit flacher Klinge auf die Mannschaften einhieb, und der einem Mann den Degen in den Leib stieß — nachher sollte der Mann, frei nach Münchhausen, selbst hineingerannt sein — ist im Laufe der Zeit bis zum General aufgestiegen und gehört heute zu den einflußreichsten Personen der Armee. (Bewegung und Hört, hört!) Der wahre Zweck der Garde ist die Niederhaltung des Volkes. Das beweist auch die bekannte Sedanrede Kaiser Wilhelms II. vom Jahre 1895. Der Kaiser appellierte in jener Rede gegen die „hochverräterische Schar und Rotte", nicht an die Feuerwehr, sondern an die Garde. (Hört, hört! bei den Soz.) Wir werden natürlich nicht den Herzenswunsch der Bismarck und Oertel (Heiterkeit) erfüllen und uns zur Zielscheibe der Gardegewehre machen. Die Garde ist nicht in der Verfassung begründet, sondern ein Hohn auf die Verfassung und eine ständige Gefahr für die Verfassung. Verfassung und Garde ist soviel wie Preßfreiheit mit dem Galgen daneben. Daher helfen hier nicht fromme Wünsche und allgemein gehaltene Resolutionen. Hier sind scharfe und bestimmte Maßnahmen am Platze, und daher bitten wir um Annahme unseres Antrags. Freilich werden wir uns auch mit seiner Ablehnung abzufinden wissen. Der Tag wird kommen, an welchem auch die Gardemannschaften auf die Aufforderung, auf Vater und Mutter zu schießen, antworten werden: Auf Vater und Mutter schießen wir nicht. Dann ist Ihre (nach rechts) Zeit vorüber und unsere Zeit bricht an! (Lebh. Beifall bei den Soz.: Zischen rechts; erneuter Beifall bei den Soz.)

Kriegsminister v. Heeringen: Ich bitte, alle Anträge abzulehnen, besonders den der Sozialdemokraten, die alles verrungenieren wollen. (Sehr wahr! rechts.) Wer es gut meint mit Heer und Volk, der darf Regimenter nicht von ihrem natürlichen Mutterboden losreißen und Wandertruppen schaffen wollen. (Heiterkeit links; Bravo! rechts.) Die Kommandogewalt des Kaisers beruht auf der Reichsverfassung. Die verbündeten Regierungen rütteln auch nicht an Rechten, die auf der Kommandogewalt des Kaisers beruhen, und so ersuche ich denn, das Rütteln an der Kommandogewalt des Kaisers unterlassen zu wollen. (Bravo! rechts.) Ich habe in der Kommission nicht gesagt, erst die Garde, dann das Vaterland, und ich habe auch nicht von einer Gefährdung der Mobilmachung oder gar der Schlagfertigkeit der Garde gesprochen. Da das Reichsmilitärgesetz ausdrücklich ein Armeekorps mehr festlegt, als es Armeegebiete gibt, so ist damit indirekt die Existenz des Gardekorps gesetzlich festgesetzt, wenn es solcher Festlegung überhaupt noch bedurfte. Die Potsdamer Wachtparade, von der Abg. Lensch höhnisch sprach, ist ein hoher Ehrentitel. Von 1814 bis 1870 hat in zahllosen Schlachten das Gardekorps seine Tüchtigkeit und Tapferkeit bewiesen. Fehler sind natürlich auch 1870 gemacht worden; aber Moltke hat einmal gesagt, es kommt nicht darauf an, daß keine Fehler gemacht werden, sondern darauf, daß möglichst wenig gemacht werden. Das Gardekorps ist nicht eine Hausstruppe, die sich später erweitert hat, sondern umgekehrt, sie ist aus der Linie hervorgegangen. Das beweist das zweite Garderegiment, daß sein 100jähriges Bestehen gerade an diesem Tage feiert, an welchem hier im Reichstag diese Rede gegen die Garde gehalten wird. An dem hochverdienten Gardekorps geht eine Kritik, wie sie hier geübt wird, wirkungslos vorüber. (Lebh. Beifall rechts; Zischen bei den Soz.; erneuter lebh. Beifall rechts.)

Dr. Müller-Meiningen (Vp.): Wir stellen Anträge, die wirklich Aussicht auf Erfolg haben, und keine Demonstrationsanträge nach dem Geschmack der Rosa Luxemburg. (Lachen bei den Soz.) Wir lehnen alle sozialdemokratischen Anträge ab, die nicht zur Sache gehören. Aber die Gardeanträge gehören zur Friedenspräsenz, also zur Sache, und wir stehen ihnen daher sympathisch gegenüber. Wir leugnen durchaus nicht die Verdienste der Garde, aber unbegreiflich ist, wie man die Existenz privilegierter Truppenteile leugnen kann. Bei allen acht Garde-Kavallerie-Regimentern gibt es einen einzigen bürgerlichen Offizier. (Hört, hört! b. d. Lib.) Jetzt sind alle noch bürgerlichen Generale geadelt worden. In den weitesten Kreisen des Volkes wird das als eine Provokation aufgefaßt (Unruhe rechts), namentlich, wenn damit das Verhalten gegen Gerhard Hauptmann verglichen wird. Wir wollen die Garde nicht abschaffen, aber ihre Auswüchse beseitigen. Die Garde, wie sie ist, ist ein Fremdkörper in unserem Volksheer. (Widerspruch rechts.) Die Beweisführung des Kriegsministers, der das Gardeprivileg aus dem Reichsmilitärgesetz ableiten wollte, ist gänzlich verfehlt. (Beifall bei der Vp.) Die Armee ist eine staatliche Einrichtung, kein Teil darf eine persönliche Prätorianertruppe bilden. Der Geist der Truppe wird nicht durch Privilegien gestützt, die ungerecht sind. Auch in der Armee muß sich der Fortschritt durchsetzen. (Beifall bei der Vp.)

v. Gräfe (K.): Wenn im bürgerlichen Leben sich jemand die Zwangslage eines anderen zunutze macht, um sich Vorteile zu verschaffen, so nennt man das Erpressung. (Sehr richtig! rechts; Zurufe links: Kein Kanitz, keine Kähne!) Ich spreche nicht über die Flottenvorlage, sondern über die Wehrvorlage! (Lachen links.) Aber die Regierung befindet sich in keiner Zwangslage, wenn sie nicht will. (Sehr gut! rechts.) Was wird nicht alles mit der Wehrvorlage verkuppelt. Sogar der Mittellandkanal hat herhalten müssen. Es fehlte nur noch, daß ein humorvoller Kopf auch die mecklenburgische Verfassungsfrage mit der Wehrvorlage in Verbindung bringt. (Heiterkeit rechts; Zuruf: Kommt noch!) Wenn der Kriegsminister als autoritativste Stelle erklärt, daß keine Bevorzugung des Adels stattfindet, so hat die Linke kein Recht, das zu bestreiten. (Lachen links.) Die Linke behauptet ja die Bevorzugung des Adels auch in der Verwaltung. Dabei sind alle Staatssekretäre bis auf Herrn v. Jagow bürgerlich, und in den nachgeordneten Stellen gibt es sehr wenig blaues Blut, aber mehr Blut, das der Linken sympathischer ist. (Heiterkeit rechts; Abg. Rogalla v. Beiberstein: Juden! Lachen links.) Noch haben wir ein homogenes Offizierkorps. (Bravo! rechts.) Reinadlige Offizierkorps wollen auch wir nicht. (Zuruf links: Na also!) Sie sind aber keine willkürlichen Erscheinungen, sondern verdanken ihre Entstehung der Entwicklung und können nur auf dem Wege der Entwicklung beseitigt werden. (Lachen links.) Das kommt eben davon, daß gewisse Kreise mehr aufbauend wirken. (Aharufe links.) Ein Kaufmann nimmt lieber einen Kaufmannssohn als Lehrling, und die Regimentskommandeure nehmen lieber Söhne alter Soldatenfamilien. Das ist das wichtige, nicht der Adel. Der Offiziersersatz ist homogener in den überwiegend landwirtschaftlichen Gegenden. Die Söhne der Großindustrie gehen nicht in die Offizierkorps. Sind Perleberg, Schwedt, Ostrowo bevorzugte Garnisonen? (Heiterkeit.) Wenn ein Bleichröder oder Friedländer Kommandeur des Gardekorps wäre, würden die Freisinnigen die Garde nicht so bekämpfen. In England erkennt man die patriotischen Verdienste des Adels freudig an, bei uns aber darf der Abg. Zubeil die Offiziere von 1870 beschimpfen. (Stürm. Widerspruch b. d. Soz. — Vizepräsident Dove rügt den Ausdruck.) Haben nicht viele Junker großes geleistet und leistet der Adel nicht heute noch sehr viel, z. B. in den Kolonialkriegen? (Zurufe der Soz.: Eulenburg, Arenberg!) Dr. Müller-Meiningen wird keine solcher Glanzleistungen vollbringen, wie der Leutnant Egan v. Krieger, der vom Rennplatz in Magdeburg nach der Grunewaldrennbahn flog und auf beiden Bahnen erste Preise gewann. (Stürm. Heiterkeit.) Einen Cohn, Moses oder Manasse habe ich noch nicht unter den Kolonialfreiwilligen gefunden. (Heiterkeit rechts.) Wenn bürgerliche Parteien den auf Demokratisierung der Armee abzielenden Bestrebungen Unterstützung leihen, so sind sie die Vorfrucht der Sozialdemokratie, die den monarchischen Charakter der Armee zerstören und an ihre Stelle eine parlamentarische Armee setzen will. (Sehr wahr! rechts.) Solange ein Hohenzoller die Krone trägt, wird kein Kanzler und kein Kriegsminister diesen Tendenzen entgegenkommen und Sie werden immer schmerzhafter für das Gehege Ihrer Zähne auf Granit beißen. (Lebh. Beifall rechts. Lachen und Hurrarufe links.)

Graf Praschma (Z.) spricht gegen den sozialdemokratischen Antrag. Aus der Kommandogewalt des Kaisers folgt das Recht, das Gardekorps so wie jetzt zu formieren. Zudem hat Herr Lensch dem Antrag eine Begründung gegeben, die etwaige Zweifel über unsere Haltung völlig beseitigte. Die Sozialdemokratie will die Fundamente unseres Heerwesens völlig umwälzen. Wohin eine solche Politisierung der Armee führt, haben wir in der Türkei gesehen. Auch den fortschrittlichen Antrag lehnen wir ab. Aus eigenster Erfahrung kann ich bezeugen, daß von einer allgemeinen Mißstimmung in der Linie gegen die Garde keine Rede ist. Selbst in der überwiegend sozialdemokratisch wählenden Bevölkerung Groß-Berlins ist von einer Mißstimmung gegen die Garde nichts zu entdecken. Das hat man zumal in den letzten Tagen gesehen. (Heiterkeit und Beifall rechts und im Zentr.; Zurufe bei den Soz.) Wenn von einem Überwiegen des Adels gesprochen wird, so vergißt man die vielen Nobilitierungen, die gerade in den letzten Jahren vorgenommen sind. Wenn z. B. Herr v. Payer zum Reichsschatzsekretär ernannt werden würde, würde das als eine Verstärkung des adligen Elements in der Reichsverwaltung betrachtet werden. (Heiterkeit.) Für einen nützlichen Austausch zwischen den einzelnen Garnisonen sind wir durchaus und werden daher für die entsprechende Resolution stimmen. (Beifall im Zentr.)

Keinath (NL.): Resolutionen, in denen wehrfreundliche Parteien ihre Wünsche niedergelegt haben, kann man nicht derart abtun, wie der Abg. v. Gräfe es getan hat. (Sehr wahr! links.) Wir verkennen nicht die Verdienste des Adels, aber bei der Beurteilung dessen, was der Adel in der Vergangenheit militärisch geleistet hat, darf nicht vergessen werden, daß damals das Bürgertum von der militärischen Laufbahn so gut wie ausgeschlossen war. Die Zeiten sind inzwischen andere geworden, und das Bürgertum kann verlangen, mit gleichen Rechten zur Verteidigung des Vaterlandes zugelassen zu werden. (Sehr wahr! links.) Wir lehnen die gegen die Garde sich wendenden Anträge als zu weitgehend ab, nehmen aber die Resolution an, die sich gegen das nicht wegzuleugnende Ueberwiegen des Adels in bestimmten Truppenteilen wendet. (Bravo! bei den Natlib.)

Schöpflin (SD.): Der Abgeordnete v. Gräfe hat von Erpressung geredet. Das sagt ausgerechnet der Vertreter einer Partei, die nie gezögert hat, der Regierung die Faust aufs Auge zu setzen, um ihre Forderungen erfüllt zu sehen. (Lebh. Zustimmung links.) Also, wenn wir Erpressung üben, so folgen wir nur Ihrem (nach rechts) Beispiel. Nennen Sie es Erpressung oder nicht. Jetzt ist der Augenblick da, wo der Reichstag imstande wäre, von der Regierung die Erfüllung lang erhobener Forderungen zu erlangen. Und es ist allerdings beklagenswert, daß jetzt die bürgerlichen Parteien zurückzucken und die Gelegenheit vorübergehen lassen, Reformen zu verlangen, für die früher selbst das Zentrum sich eingesetzt hat. (Sehr wahr! bei den Soz.) Der Abg. v. Gräfe warf uns vor, die Offiziere beschimpft zu haben. Im Schimpfen sind uns die Herren von rechts weit über. Was für Beschimpfungen hat die Rechte hier gegen die Freiheits- und Einheitskämpfer von 1848 ausgestoßen. Wir bestreiten gar nicht, daß die Offiziere und auch die adligen Offiziere Tüchtiges geleistet haben, aber haben das die Gemeinen nicht auch getan? (Sehr gut! links.) Diese deutschen Helden aber können es nicht zum Offizier bringen, höchstens zum Feldwebel. Der Abg. v. Gräfe hat auch einige Witze über die Juden gemacht. Wieviel Adlige gehen zu den liberalen Zeitungen und suchen sich so ein goldenes Rebeckchen durch Inserat. (Stürm. Heiterkeit.) Es schadet auch gar nichts, wenn Sie (nach rechts) durch Zuführung semitischen Blutes etwas zur Auffrischung Ihre Art tun. (Heiterkeit und Zustimmung links.) Wenn der Kriegsminister tatsächlich nicht wissen sollte, daß es Privilegien bei der Beförderung gibt, daß Gardeoffiziere schneller Karriere machen, dann ist es um seine Kenntnis der preußischen Armee schlecht bestellt. (Sehr richtig! bei den Soz.) Er beruft sich immer auf die Bestimmungen. Aber die Praxis sieht vielfach anders aus. Der Kriegsminister hat in der Kommission tatsächlich gesagt, daß an der Annahme unseres Antrages das ganze Gesetz scheitern würde. (Hört, hört! bei den Soz.) Daher können wir mit Fug und Recht sagen, daß er die Garde über das Vaterland gestellt hat. (Sehr wahr! bei den Soz.) Auch die Garde ist nicht dazu da, monarchischen Zwecken zu dienen. Sie ist ein Teil der Armee und hat das Vaterland zu schützen und weiter nichts. (Sehr richtig! bei den Soz.) Wir wissen, daß Garderegimenter im Kriege ihre Schuldigkeit getan haben. Aber gerade wenn Soldaten ihr Leben in die Schanzen schlagen im Interesse der Allgemeinheit, dann sollte man sie nicht mit Gardelitzen und Gardesternen und anderen Kinkerlitzchen belohnen. Das ist der Armee unwürdig. Der Kriegsminister wurde fast sentimental, als er unsere angeblichen Angriffe auf die Garde zurückwies mit dem Hinweis darauf, daß das 2. Garde-Regiment zu Fuß jetzt sein hundertjähriges Bestehen feiere. Ein Mitglied dieses Hauses hat bei diesem Regiment gedient

---

„Ich sage . . . ich sage . . ." rief der Müller, indem er hastig hinausstürmte, „ich sage, daß, wenn alle reichen Frauen so wären wie Sie . . ."

Man verstand das Ende seines Gedankens nicht mehr, und seine Mutter übernahm es, ihn zu vollenden:

„Er meint, wenn das Mädchen, das er liebt, so wenig hoch wäre wie Sie, würde er nicht so großen Kummer haben."

„Und könnte ich ihm nicht helfen?" fragte Marcella, indem sie mit Vergnügen dachte, daß sie ja reich und freigebig sei.

„Vielleicht, indem Sie dem Fräulein Gures von ihm berichten, denn Sie werden sie schnell kennen lernen . . . aber puh! sie ist gar zu reich . . ."

„Wir sprechen noch näher darüber," sagte Marcella — sie sah ihre Dienstboten eintreten, die das Gepäck geholt. „Zu diesem Zweck werde ich bald wiederkommen . . . vielleicht schon morgen."

Der rotbaarige und jähzornige Kutscher hatte die Nacht unter einem Baume zugebracht, da er in der Dunkelheit kein Haus im Schwarzen Tale hatte entdecken können. Bei Tagesanbruch hatte er die Mühle erspäht und er sowohl wie sein Pferd hatten hier Aufnahme und Stärkung gefunden. In seiner kläglichen Laune verbitterte er große Lust, den Vorwürfen, auf die er sich gefaßt gemacht hatte, mit Heftigkeit zu begegnen. Doch Marcella ließ kein vorwurfsvolles Wörtchen hören, und dann auch überhäufte ihn der Müller mit soviel Erörterungen, daß er nicht das letzte Wort bei ihm behalten konnte und ganz beschämt auf seine Sabelbeinchen kletterte. Und der kleine Edgard bat seine Mutter, ihn doch auf dem Pferde reiten zu lassen — vor dem Müller, der ihn liebevoll in seine Arme nahm und ganz leise zu der alten Marie sagte:

„Wenn wir auch so einen hätten, der uns Spaß machen könnte im Hause — was, Mutter? . . . Aber darauf können wir niemals hoffen."

Und die Mutter verstand ihn — nur mit der wollte er sich unterhalten, auf die er keinen rechten Anspruch machen konnte.

7.

Nachdem sie die Müllerin umarmt und die Dienstboten der Mühle im geheimen reich beschenkt, stieg Marcella heiter in das [illegible] Kutschenwagen — die Kutsche. Ihre Seele hatte sich erquickt bei diesem reichen Versuche, die Gleichheit zwischen den Menschen herzustellen, und die Fortsetzung des Romans, der sie verwirklichen wollte, bei sich ihren Augen bar in den prächtigsten Farben. Doch jenen der tiefe Anblick von Blanchemont verdüsterte ihre Gedanken und ihr Herz fühlte sich seltsam bedrückt, sobald sie das Tor ihres Gutshofes durchschritten.

Wenn man an der Vauore stromaufwärts wandert und einen runden, ziemlich steilen Hügel erklettert, so befindet man sich auf der Höhe von Blanchemont. Es ist ein schöner, von alten Bäumen beschatteter Rasenplatz, der eine reizende Landschaft beherrscht — nicht eine der grandiosesten des Schwarzen Tales, wohl aber kühl und schwermütig. Sie bietet einen ziemlich wilden Ausblick, denn menschliche Wohnungen sind hier äußerst selten — kaum, daß ein mit Stroh oder braunen Ziegeln gedecktes Dach aus dem Grün der Bäume hervorlugt.

Eine arme Kirche und die Häuschen des Weilers umgeben diese Anhöhe, die sich dem Flusse zuneigt, der an dieser Stelle anmutige Windungen ausführt. Ein breiter, unebener Weg führt von hier zum Schlosse, das auf der Höhe ein wenig zurücktritt und von Getreidefeldern umgeben ist. Man schreitet weiter in die Ebene hinein und verliert den schönen blauen Horizont aus den Augen, den man erst wiederfindet, wenn man in das zweite Stockwerk des Schlosses empor steigt.

Diese Burg hat nie starke Verteidigungsmittel besessen — die Mauern messen unten nicht mehr als fünf bis sechs Fuß Dicke, und die höheren Türme springen vor. Es stammt noch aus den Kriegen des Feudalismus. Doch die Kleinheit der Tore, die wenigen Fenster und die Trümmer von zahlreichen Mauern und Türmen, die als Gürtel gedient — sie kündeten von einer mißtrauischen Zeit, wo man sich noch vor einem Handstreich schützte. Es ist ein ziemlich elegantes Schloß — ein langes Viereck, das in jedem Stockwerk nur ein einziges großes Zimmer enthält, mit vier Türmen, in denen sich kleine Zimmerchen befanden, und einen zweiten Turm an der Hinterfront, der als Treppenhaus für die einzige Treppe diente. Infolge der Zerstörung der alten Nebengebäude liegt die Kapelle ein wenig abseits. Die Gräben sind zum Teil ausgefüllt, die Türme der Mauern halb zerfallen, und der Teich, in dem sich einst die Nordseite des Schlosses spiegelte, ist eine hübsche längliche Wiese geworden — mit einer kleinen Quelle in der Mitte.

Doch der noch immer malerische Anblick des alten Schlosses fesselte die Aufmerksamkeit der Erbin von Blanchemont zuerst nur wenig. Der Müller war ihr beim Aussteigen aus dem Wagen behilflich und führte sie zu dem neuen Schlosse, wie er sagte, und zu den weiten Wirtschaftsgebäuden des Pächters, die zu Füßen der uralten Burg lagen und einen sehr großen Hof begrenzten, der auf der einen Seite von einer mit Zinnen versehenen Mauer, auf der anderen von einer Hecke und einem mit schlammigen Wasser angefüllten Graben abgeschlossen wurde. Nichts ist trauriger und weniger einladend als diese Wohnung der reichen Pächter. Das neue Schloß ist nur ein großes Bauernhaus, vor vielleicht fünfzig Jahren aus den Trümmer[illegible] [illegible]tigungswerke erbaut. Doch die festen, frischgekalkten Mauern und die Bedachung aus neuen Ziegeln mit einem schreienden Rot verrieten kürzlich stattgefundene Reparaturen.

Diese äußere Verjüngung aber stach grell ab von den anderen altersgrauen Wirtschaftsgebäuden und der unerträglichen Unsauberkeit des Hofes. Diese düsteren, aber festen und guterhaltenen Gebäude, die noch Spuren alter Baukunst erkennen ließen, bildeten ein zusammenhängendes Viereck von Scheunen und Ställen, das den Stolz des Pächters ausmachte — und die Bewunderung der Landwirte der ganzen Gegend. Aber dieser Rundbau, für die Landwirtschaft so nützlich und so bequem für die Ernte und die Fütterung des Viehes, engte die Blicke und Gedanken ein in einen trübseligen, prosaischen und widerwärtigen schmutzigen Raum. In den mit Quadersteinen ausgemauerten Gruben lagen riesige Düngerhaufen, die sich noch zehn bis zwölf Fuß über dem Boden emporhoben — schmutzige Bäche gingen von ihnen aus, die man mit Absicht ungehindert auf die niedriger gelegenen Felder fließen ließ, damit sie die Gemüsegärten düngten. Diese Düngervorräte, der liebste Reichtum des Ackersmannes, entzückten seine Augen und lassen sein zufriedenes Herz triumphierender schlagen, wenn ein Nachbar sie mit bewunderndem Neide betrachtet. In den kleinen ländlichen Ackerwirtschaften aber beleidigen diese Einzelheiten weder das Auge noch den Geist des Künstlers. Die allgemeine Unordnung, das Durcheinander der Ackergeräte und das alles umrahmende Grün verbergen sie oder lassen sie doch zurücktreten. Doch in großem Maßstabe auf einem weiten Terrain gibt es nichts Widerwärtigeres als diese Berge von Unrat. Schwärme von Truthennen, Gänsen und Enten verhindern, daß man den Fuß mit Sicherheit auf eine von den Bächen der Düngerhaufen verschonte Stelle setzen könnte. Der unebene Hof wird durchquert von einem gepflasterten Weg, der jedoch in diesem Augenblicke ebenso unpassierbar war. Da die Trümmer der alten Bedachung des neuen Schlosses noch auf dem Boden verstreut lagen, ging man buchstäblich über ein Feld zerbrochener Ziegel. Dennoch war es fast sechs Monate her, daß die Dachdecker ihre Arbeit beendet. Doch diese Reparaturen wurden auf Kosten des Besitzers ausgeführt, während die Fortschaffung der Abfälle und das Säubern des Hofes dem Pächter zufielen. Er nahm sich daher vor, es zu tun, sobald die Sommerarbeiten vorüber seien und seine Knechte Zeit finden würden. Erstlich wollte er damit einige Tagelöhner sparen; dann auch war es die den Bewohnern von Berry eigene Gleichgültigkeit, die stets etwas unvollendet läßt, wie wenn der erschöpfte Tätigkeitsdrang nach der Anstrengung eine unentbehrliche Pause verlange und Freude an der Nachlässigkeit fände, noch bevor er seine Aufgabe beendet.

(Fortsetzung folgt.)

und ich habe es gefragt, ob es nicht mitgefeiert habe? Es hat gesagt: I wo werde ich! (Hört, hört! bei den Soz.) Dieses Mitglied ist der Abg. Stadthagen. (Stürmische Heiterkeit im ganzen Hause.) Wir fordern eine Einheitlichkeit der Armee und die Erfüllung der Soldaten mit dem einen Gefühl, daß sie für das Vaterland ihre Pflicht getan haben. Wir wollen keine Großziehung des Gardestolzes und wir wissen, daß das Volk unsere Forderungen teilt. An das Volk, das eine höhere Instanz ist, wie der Reichstag, werden wir mit unseren Forderungen gehen und der Sieg wird bei der Sache des Volkes und bei der Demokratie sein. (Lebh. Bravo! bei den Soz.)

Kriegsminister v. Heeringen: Das wollen wir erst einmal abwarten. (Heiterkeit und Beifall rechts.) Ich kann nur wiederholen, daß die Garde keine Avancementsvorzüge hat. Früher existierten sie, heute aber nicht mehr. Sie sagen immer, ich hätte erklärt: „Erst die Garde, dann das Vaterland!" Wenn man gesehen hat, wie Sie in der Kommission das monarchische Fundament des Heeres angriffen, mußte man sich fragen, ob die Vorlage das Opfer eines Entgegenkommens dagegen ertragen könne. Mit aller Entschiedenheit weise ich die Behauptung zurück, daß die Armee sozialdemokratisch sei. Zwischen ihr und Ihnen (zu den Soz.) klafft ein stockwerktiefer Abgrund; die Armee ist und bleibt für Kaiser und Reich, Sie aber sind nur für das Reich ohne Kaiser. (Sehr wahr! bei den Soz. — Beifall rechts.)

Dr. Müller-Meiningen (Vpt.): Der Abg. v. Gräfe hat hier eine provokatorische Rede gehalten. (Schreiender Widerspruch des Abg. Kreth.) Der Hetzantisemitismus des Abg. v. Gräfe ist bezeichnend für das gegenwärtige geistige Niveau der konservativen Partei, Julius Stahl (der bekanntlich getaufter Jude war), müßte sich im Grabe umdrehen. (Heiterkeit und Zustimmung links. — Abg. Oertel ruft: Dann aber links herum! — Erneute Heiterkeit.) Die Engländer, die einen Disraeli, von dem vielleicht sogar Herr v. Gräfe schon etwas gehört hat, an die Spitze gestellt haben, schämen sich solcher antisemitischen Mätzchen; sie achten ihre Lords, weil sie an der Spitze der Kultur stehen, nicht wie unsere Talmijunker! Wir werden in unserem Kampfe für unsere gerechten Forderungen nicht nachlassen. (Beifall links. Höhnisches Bravo! rechts.)

Zubeil (SD.): Geärgert haben wir uns über die Rede des Abg. v. Gräfe nicht, denn sie ist ein vorzügliches Agitationsmittel für uns. (Sehr wahr! bei den Soz.) Ich habe keineswegs behauptet, daß das ganze Offizierkorps die Mannschaften beschimpft und beleidigt, sondern nur, daß auch Offiziere sich an solchen Schandtaten von Unteroffizieren beteiligen. Dem Kriegsminister wird noch bekannt sein, daß vor dem Krieg 1870 Offiziere von ihren Regimentern versetzt werden mußten, weil sie bei ihren Soldaten zu „beliebt" waren. (Heiterkeit bei den Soz.) Was ich über den Premierleutnant v. Roon gesagt habe, halte ich aufrecht. Er hat seinen Burschen erschossen oder erstochen. (Hört, hört! bei den Soz.) Die gesamte Bürgerschaft Gubens war darüber empört. Was dieser Menschenschinder an uns verbrochen hat, wird jeder bestätigen, der 1874 in Guben gedient hat. Daß kurz nach dem Feldzug ein Edelster der Nation die Soldaten in dieser Weise behandelt hat, sei am Schlusse der Debatte hier nochmals festgestellt.

Kriegsminister v. Heeringen: Selbstverständlich sind auch bei Offizieren Mißhandlungen vorgekommen, denn Offiziere sind keine Engel. Aber die beleidigende Verallgemeinerung des Abg. Zubeil weise ich zurück. (Bravo! rechts.)

Damit schließt die Diskussion.

In der Abstimmung werden die sozialdemokratischen Anträge gegen die Stimmen der Antragsteller und der Polen abgelehnt.

Die fortschrittlichen Resolutionen werden gegen die Stimmen der Rechten angenommen.

Das Haus vertagt die Weiterberatung auf Donnerstag 2 Uhr.

Schluß 6 Uhr.

Sachsen gegen die Reichsvermögenssteuer.

Der „Berliner Volks-Zeitung" geht ein Artikel zu, von dem behauptet wird, daß er die Ansichten der sächsischen Regierung ganz genau wiedergebe. In dem Artikel wird eine Reichskrisis als bevorstehend angekündigt, wie sie gefährlicher noch nicht dagewesen sei. Der Gedanke des Wehrbeitrages sei gewiß groß und erhebend, aber er sei der Ruin des Finanzsystems der Einzelstaaten. Sachsen habe auch nur mit einem gemischten Gefühl dem Wehrbeitrag zugestimmt. Ganz erhebliche Bedenken habe Sachsen auch gegenüber der „Veredelung" der Matrikularbeiträge zum Ausdruck gebracht und die sächsische Regierung müsse darauf beharren, jeden Eingriff in das Finanzsystem der Einzelstaaten zurückzuweisen. Die in den Kompromißverhandlungen der Parteien erwähnte „Statistische Gebühr" sei nichts weiter als eine Vermögenssteuer: belaufe sie sich doch auf 40 Prozent der sächsischen und auf etwa 50 Prozent der preußischen Ergänzungssteuer. Daß eine solche Belastung der Vermögen den Einzelstaaten nicht gleichgültig sein könne, liege auf der Hand. Es komme hinzu, daß es bei den 20 Pfennigen von 1000 Mark nicht bleiben werde, mögen auch jetzt gegenteilige Behauptungen aufgestellt werden. Wenn die Kompromißvorschläge Gesetz werden sollten, so müsse das Finanzsystem der Einzelstaaten auf eine ganz neue Grundlage gestellt werden, für die es aber an jedem Anhalt fehle. Der Artikel sagt dann:

„Man erwartet in Dresden vom Reichskanzler, daß er seinen oft genug verkündeten Standpunkt nicht verläßt, nur um rasch dem Kaiser eine Jubiläumsgabe überreichen zu können, deren böse Folgen schon jetzt erkennbar sind. Allerdings hegt man in dieser Beziehung allerhand Zweifel, wie nicht verschwiegen werden soll. Wenn auch der preußische Finanzminister sich gegen eine Reichsvermögenszuwachssteuer mit den beachtenswertesten Gründen erklärt hat, so ist er doch nicht der maßgebende Staatsmann, sondern der Reichskanzler. Von ihm wird es jetzt in erster Linie abhängen, wie sich fernerhin die Beziehungen — und nicht nur die finanziellen! — zwischen dem Reich und seinen Gliedern gestalten werden. Es ist Gefahr im Verzuge, darüber soll sich niemand einem Zweifel hingeben. Die Stimmung am Dresdner Königsufer ist außerordentlich gereizt, und in den Ministerhotels in den anderen Hauptstädten wird es nicht anders sein. Der sächsischen Regierung fällt wieder einmal die unangenehme Aufgabe zu, vorauszugehen, da Bayern beispielsweise keine Vermögenssteuer besitzt, und es daher an der Frage nur mittelbar interessiert ist."

Es wird dann darauf aufmerksam gemacht, daß Sachsen sich nicht zum ersten Male in einer Oppositionsstellung befindet. Das sei der Fall gewesen bei den Schiffahrtsabgaben, die erfreulicherweise noch nicht Wirklichkeit geworden seien. Auch gegen ein Reichseinigungsamt sei von Sachsen wiederholt Stellung genommen, endlich aber sei es die sächsische Regierung gewesen, die seit der Finanzreform von 1909 unermüdlich die Erbanfallsteuer als Rettung aus aller Not bezeichnet habe, während der Reichskanzler beredt geschwiegen habe. Es sei der sächsischen Regierung nicht gelungen, die Konservativen zu einer anderen Haltung in dieser Frage zu bewegen, ihre Halsstarrigkeit habe alle Schwierigkeiten der gegenwärtigen Lage heraufbeschworen; wenn sie jetzt ausgeschaltet würden, so dürften sie sich nicht beklagen. Zweifellos würde im Bundesrat die Erbanfallsteuer eine große Mehrheit finden.

Aus der Partei.

Aus den Organisationen. Im Wahlkreise Mühlhausen-Langensalza-Weißensee hielten unsere Genossen am Sonntag ihre Generalversammlung ab. Die Mitgliederzahl ist auf 1555 angewachsen. In acht Orten des Kreises sind sozialdemokratische Vereine vorhanden. Als Reichstagskandidat wurde für den wegen Erkrankung zurückgetretenen Kreisvorsitzenden Otto Schäfer der Arbeitersekretär Alwin Andeutsch-Magdeburg aufgestellt. — Der Torgau-Liebenwerdaer Kreisverein zählt 1774 Mitglieder und 2089 Abonnenten der Parteiblätter. Im Hinblick auf die Gewerkschaften, die 3717 Mitglieder haben, ist die Zahl der Parteimitglieder gering. Die Jugendbewegung entwickelte sich gut. Von den 21 Distrikten des Kreises haben 12 (meist ländliche) bereits Jugendausschüsse. Die Zahl unserer Stadtverordneten und Gemeindevertreter erhöhte sich von 63 auf 71. Der Kreistag beschloß, statt des 30-Pfg.-Beitrags pro Monat den 10-Pfg.-Wochenbeitrag einzuführen. — Der sozialdemokratische Verein für den Wahlkreis Recklinghausen-Borken verzeichnet im abgelaufenen Geschäftsjahr eine Zunahme von 436 männlichen und 83 weiblichen Mitgliedern, sodaß jetzt der Verein 2283 männliche und 942 weibliche Mitglieder zählt. Infolge der starken Entwicklung des Bergbaues im Gebiete dieses Wahlkreises ist die Zuwanderung von Bergleuten aus Nachbarkreisen groß und sichert eine andauernde Entwicklung der Partei. Auch die Presse entwickelte sich gut, sodaß noch in diesem Jahre an die Gründung einer eigenen Zeitung und an die Errichtung einer eigenen Druckerei gedacht wird. Die Polizei betreibt die Nadelstichpolitik gegen unsere Genossen stark. Ein Meineidsverfahren gegen sechs Genossen von Buer aus Anlaß eines Maifeierprozesses wurde soeben vom Gericht eingestellt. Neben der Polizei tut noch die katholische Geistlichkeit in dieser schwärzesten Ecke des schwarzen Münsterlandes (im Volksmunde „Finsterland") das ihrige, um unseren Genossen das Arbeiten schwer zu machen. Aber trotzdem geht es vorwärts. — In der Generalversammlung des Wahlkreises Kottbus-Spremberg wurde berichtet, daß sich die Mitgliederzahl des Vereins im letzten Geschäftsjahr von 2464 auf 2593 erhöht hat. Die Zahl der weiblichen Mitglieder beträgt 188; sie ist um 35 gestiegen. Der Vertreter des Kreises, Genosse Giebel, machte kurze Ausführungen über die Haltung der Fraktion zu den Heer- und Deckungsvorlagen. Er verteidigte die Haltung der Fraktion und betonte, daß durch diese Haltung die Pläne der Rechten und der Nationalliberalen durchkreuzt worden seien. Nur auf diese Weise konnte sich die Fraktion einen Weg offen halten, um so alles zu tun, daß Steuern geschaffen werden, die in erster Linie die besitzenden Klassen belasten. Dem Abgeordneten und der Fraktion wurde für ihr Verhalten das Vertrauen ausgesprochen. Zum Parteitage wurde folgender Antrag angenommen: „Da die bisherigen Kampfesmitel der Arbeiterklasse zur Erreichung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für alle öffentlichen Körperschaften allein nicht den gewünschten Erfolg gezeitigt haben, soll der Parteitag beschließen, die planmäßige Erziehung der Arbeiterklasse zum politischen Massenstreik in die Wege zu leiten." Die Genossen Giebel, Rabold und Dörr wandten sich gegen den Antrag. Die gegenwärtige Zeit bürde uns andere Aufgaben auf. Genosse Bartels hieß die Tendez des Antrags gut; er trat für die Propaganda des Massenstreikgedankens ein. Der Antrag fand die übergroße Mehrheit. — Der Geschäftsbericht der Parteiorganisation des Kreises Waldenburg i. Schl. zeigt, daß die Organisationsverhältnisse trotz starker Abwanderung der Bergarbeiter sich auf dem vorjährigen Stand gehalten haben. Die Organisation hat hier außerordentlich schwierige Verhältnisse und gegen die skrupellose Gegnerschaft der Reichstreuen schwer zu kämpfen. An Strafen sind verhängt worden: ein Monat Gefängnis und 581 Mark Geldstrafe. Außerdem schwebt noch der bekannte Meineidsprozeß, in den drei Genossen verwickelt sind und der am 30. Juni zur Verhandlung kommt. Beschlossen wurde die Anstellung eines Parteisekretärs für den Kreis Waldenburg. Die Wahl fiel auf den Genossen Carl Franz, den bisherigen Lokalbeamten der Maurer. Einen besonderen Teil der Tagesordnung bildete eine kurze sachliche Auseinandersetzung über die Haltung der Fraktion bei den Militärvorlagen und über die Anwendung des politischen Massenstreiks. Diese Debatte wurde in der Hauptsache zwischen dem Abgeordneten des Kreises, Genossen Sachse, und dem politischen Redakteur der „Bergwacht", Genossen Schiller, geführt. Beschlüsse oder Resolutionen wurden nicht gefaßt.

Der preußische Wahlrechtskampf und der Parteitag in Jena. Eine Kreiskonferenz für den Wahlkreis Lennep-Remscheid-Mettmann nahm nach einem Referat über „die preußischen Landtagswahlen und die deutsche Politik" einstimmig die folgende Resolution an: „Die Kreiskonferenz erkennt an, daß die bisherigen Mittel zur Erringung eines Wahlrechts für Preußen erschöpft sind. Sie stellt deshalb den Antrag, auf die Tagesordnung des deutschen Parteitages zu setzen: Der Landtagswahlkampf in Preußen, und welche Mittel sind in Anwendung zu bringen, um ein Wahlrecht zu erringen, das dem Volkswillen und den demokratischen Grundsätzen entspricht?"

Gewerkschaftsbewegung.

Generalversammlung der Metallarbeiter. Am zweiten Tag hielt Verbandsvorsitzender Schlicke ein informierendes Referat zum Bericht des Vorstandes und Ausschusses. Er betonte u. a., daß der Gedanke des Industrieverbandes marschiere. Bei den Grenzstreitigkeiten komme es weniger darauf an, in einem Betriebe alles vereinigt zu haben, als vielmehr, daß alle einheitlich organisiert seien. Die Resolution des Hamburger Gewerkschaftskongresses trage der Entwickelung der Metall-Industrie nicht Rechnung. Neben die Forderung des Industrie-Verbandes gehörte die der Betriebsorganisation. Der Unternehmerarbeitsnachweis müsse mit anderen Mitteln bekämpft werden. Nebenfragen, die geeignet sind, unsere Kraft im Kampfe zu zersplittern, haben wir viele, z. B. die Verkürzung der Arbeitszeit. Früher verstand man darunter nur tägliche Verkürzung; heute ist bei den Unternehmern der Sonnabend-Nachmittag-Schluß aktuell, sie kommen nach ihrer Meinung so billiger weg. Wir haben keine Ursache darauf hereinzufallen. Mit der durchgehenden Arbeitszeit sind wir noch nicht zur Klarheit gekommen. Die Mehrheit des Vorstandes ist der Meinung, daß sie nur durchgeführt werden kann, wenn der Achtstundentag für die Metallarbeiter durchgesetzt ist. Selbstverständlich nehmen wir auch die geringste Arbeitszeitverkürzung dann. Die Arbeitszeit darf aber nicht verkürzt werden, um nachher einen höheren Verdienst durch Ueberzeitarbeit zu erzielen. Der Tätigkeit der Parteischule steht Schlicke sehr skeptisch gegenüber. Schwer verständliche Wissensgebiete werden dort gelehrt, der Besuch der Parteischule selbst erweckt bei unseren jungen Leuten Hoffnungen, die nicht erfüllt werden können. Der Vorwurf, daß den Gehaltsverhältnissen der Beamten zuviel Aufmerksamkeit zugewendet werde, sei unberechtigt. Der Vorstand als Beauftragter der Organisation und Arbeitgeber habe die Pflicht, seine Angestellten anständig zu bezahlen. Die Mandatsprüfungs-Kommission beantragt, sämtliche acht Leipziger Delegierte als nicht gewählt zu bezeichnen und dafür die nach Breslau zu berufen, die nicht gewählt wurden, oder Leipzig auf der Generalversammlung überhaupt unvertreten sein zu lassen. Den Eventualantrag zieht die Kommission später zurück. Über den verbliebenen Vorschlag, die Leipziger Delegiertenmandate zu kassieren, wird namentlich abgestimmt. Die Leipziger Mandate werden mit 212 gegen 50 Stimmen für ungültig erklärt. Leipzig bleibt auf dem Verbandstage ohne Vertretung. Nach weiterer Diskussion über den Vorstandsbericht wird die Sitzung auf Mittwoch vertagt.

Der Verband der Deutschen Buchdrucker hält seine achte Generalversammlung diese Woche in Danzig ab. Bei der Eröffnung hielt ein Stadtrat auch eine Ansprache, bei der er zwar etwas eigenartige Ansichten kundgab, doch ist es immerhin erwähnenswert, wenn sich eine Stadtverwaltung dazu bequemte, eine freigewerkschaftliche Generalversammlung mit einem Vertreter zu beschicken. Dies betonte auch Verbandsvorsitzender Döblin, der darauf hinwies, daß es eine Arbeiterorganisation sonst nicht gewöhnt sei, von den Stadtverwaltungen ihrer Tagungsorte begrüßt zu werden. Den Wunsch des Herrn Stadtrats, daß der Buchdruckerverband vorbildlich wirken möge, fügte er den gleichen Wunsch hinzu, daß das Beispiel der Stadtverwaltung von Danzig bahnbrechend wirken möge in jenen Kreisen, die sonst in dem Bestreben der Arbeiterorganisationen nichts weiter sehen als eine „Hetze". Die Unterstützungseinrichtungen seien dem Verbande nicht Selbstzweck, sondern nur Mittel zum Zwecke. Die Hauptaufgabe des Verbandes bleibe, Einfluß auf die Gestaltung der Arbeitsverhältnisse zu gewinnen. Was die Buchdrucker errungen, sei lediglich auf ihre Solidarität zurückzuführen. — Am Montag begannen die Verhandlungen. An auswärtigen Gästen sind anwesend: Stautner-Stuttgart für das internationale Buchdrucker-Sekretariat, Reifmüller und Dworacek-Wien, Feindl und Rothenstein-Budapest und Lortihoy-Paris. Döblin verweist darauf, daß es heute gerade 65 Jahre sind, seitdem von Leipzig aus der Aufruf an die Kollegen erging, eine Organisation ins Leben zu rufen. Redner weist dann ferner nach, daß Scharfmacher im rheinisch-westfälischen Bezirk darauf hinarbeiten, die für das Gewerbe segensreich wirkende Tarifgemeinschaft zu zerstören, und konstatiert die volle Einmütigkeit der Gehilfenschaft in bezug auf die prinzipielle Auffassung von der Notwendigkeit der Beibehaltung der Tarifgemeinschaft. In der Diskussion über den Vorstandsbericht wirft Steinhardt (Hamburg) dem Vorstande Engherzigkeit vor und betont gegenüber Döblin, daß dieser durch sein Verhalten in der Angelegenheit mit der Verlagsanstalt des Zentralverbandes der Konsumvereine den eigenen Kollegen einen schlechten Dienst erwiesen habe. Eine Anzahl Redner beschäftigt sich lediglich mit den Vorkommnissen in der Verlagsanstalt der Konsumvereine. Pröpper (Hamburg) gibt zu, daß die 78 Kollegen, welche vor Fällung des Schiedsspruches plötzlich ihre Kündigung einreichten, in tariflicher Beziehung Fehler gemacht haben, ist aber der Ansicht, daß die Verstöße des Herrn Kaufmann gegen den Tarif viel erheblicher seien. Zudem habe Herr Kaufmann die Kollegen zu ihrem nicht ganz einwandfreien Vorgehen provoziert. Auch habe das Tarifamt nicht nur die Gehilfen getadelt, sondern auch Herrn Kaufmann mit auf den Weg gegeben, dafür zu sorgen, daß geordnete Zustände im Betriebe der Verlagsanstalt eingeführt würden. Das Verhalten Kaufmanns widerspreche auch den genossenschaftlichen Grundsätzen. Redner führt eine Reihe Einzelbeschwerden an und tadelt es sehr, daß Herr Kaufmann jeden Versuch der Verständigung abgelehnt habe. Es sei begreiflich, wenn Kaufmann in seiner jetzigen Stellung Arbeitgebereigenschaften hervorkehre, aber er brauche deswegen immer noch nicht hochmütig zu sein. Döblin vermißt immer noch den Nachweis von seiten der Kollegen, daß sie einen tariflichen Grund für ihre plötzliche Kündigung gehabt hätten. Es sei unklug, das Verhalten Kaufmanns die Genossenschaft entgelten zu lassen. Die Gehilfen würden der Organisation einen besseren Dienst erwiesen haben, wenn sie die Sache etwas vorsichtiger angefaßt hätten. Graßmann leitet die Beratungen über die Anträge auf Abänderung der Unterstützungseinrichtungen ein mit einer Darstellung der finanziellen Verhältnisse und der Wirkung der Abänderungsanträge. Den richtigen Weg zu finden, soll Aufgabe der morgen beginnenden Diskussion sein.

Der 12. Verbandstag der Buchbinder wurde am Montag in Stuttgart eröffnet. Die Tagung ist von 92 Delegierten besucht. Als Gäste nehmen an ihr teil Vertreter der Verbände Buchdruckereihilfsarbeiter und der Lithographen und Steindrucker sowie der Bruderorganisationen in England, Österreich und Ungarn. Die Generalkommission vertritt Knoll (Berlin). Als Vorsitzende des Verbandstages werden Brückner (Berlin) und Dürr (Stuttgart) bestimmt. Die Tagesordnung sieht neben den Geschäftsberichten folgende Punkte vor: Unsere Lohnbewegungen, die Finanzlage des Verbandes, Beratung der sonst vorliegenden Anträge und ein Referat über Gewerkschaften, Genossenschaften und Volksfürsorge. Die Verbandszeitung vermehrte ihre Auflage von 27 650 auf 36 400. An den Vorstandsbericht schloß sich eine kürzere und sachliche Aussprache, die sich mit der Tätigkeit des Vorstandes einverstanden erklärte. Über die Lohnbewegungen referierte Verbandsvorsitzender Kloth (Berlin). Er betonte die erfolgreiche Arbeit in der letzten Geschäftsperiode auf diesem Gebiet. Dann besprach der Redner einzelne der gehabten Lohnkämpfe. Die Unternehmer hätten den Schwerpunkt darauf gelegt, den Ablauftermin zu ändern. Die Taktik der Unternehmer gehe dahin, überall den gleichen Ablauftermin festzulegen. Im Jahre 1916 würden 31 Tarife für 752 Betriebe mit 18 217 Beschäftigten ablaufen. Es stehe ein schwerer Kampf bevor, für den man sich rechtzeitig zu rüsten habe. Dabei müsse man auch berücksichtigen, daß die Zahl der weiblichen Berufsangehörigen immer größer werde, was zur Folge habe, daß für die niedrigsten Unterstützungsklassen die höchsten Unterstützungen in Frage kämen. Die Arbeitgeber würden sich immer mehr zusammenschließen, der Verband habe daher alle Ursache, Maßnahmen zu treffen, um mit Ehre die Kämpfe bestehen zu können. Die Debatte über die Lohnbewegungen füllte den zweiten Verhandlungstag aus. Das Für und Wider zur Einführung des Reichstarifs wurde von allen Rednern lebhaft erwogen. In die Debatte griff auch der Vertreter der Generalkommission, Knoll, ein, der die Bedenken gegen einen einheitlichen Ablauftermin in Wirklichkeit nicht so groß erachtete. Die Entwicklung laufe auf den Reichstarif hinaus. Der Begriff Reichstarif sei übrigens kein einheitlicher, die Löhne könnten dabei auch örtlich oder bezirksweise festgelegt werden. Nach weiterer Beratung, in der noch hervorgehoben wurde, daß das Hauptgewicht auf die Verkürzung der täglichen Arbeitszeit gelegt werden müßte, wurden die Verhandlungen vertagt.

Vereinfachtes Verfahren gegen Arbeiterfestzüge. Die Wege der Halleschen Polizei sind wunderbar. Während sie

früher gelegentlich Gewerkschaftsfestumzüge und voriges Jahr auch den Maiumzug genehmigte, verbietet sie dieses Jahr alles, sogar die seit Jahren gewohnten Kinderfestumzüge um den Volkspark herum. Und jetzt hat sie den Gewerkschaftsfestzug verboten mit einer an Inhalt und Kürze klassischen Begründung. Während sie früher lange Ausführungen über die zu Widersetzlichkeiten und Gewalttätigkeiten neigenden Elemente der Großstadt, die blutig verlaufene Straßendemonstration von 1910 und den herausfordernden Charakter der Massendemonstrationszüge machte, um so die Sicherheitsgefährdung nachzuweisen, beruft sie sich jetzt einfach auf Verkehrsschwierigkeiten: „Die schwierigen Verkehrsverhältnisse der meist von Straßenbahngleisen durchzogenen Straßen, besonders aber die durch die zu erwartende Teilnehmerzahl bedingte Ausdehnung des Zuges lassen namentlich in Anbetracht des Sonntags, befürchten, daß der Verkehr und damit die öffentliche Sicherheit durch die Veranstaltung empfindlich gefährdet wird." Das Reichsvereinsgesetz gestattet keine Verbote aus verkehrspolizeilichen Gründen. Das Oberverwaltungsgericht hat auch wiederholt in diesem Sinne entschieden. Aber für den „liberalen" Oberbürgermeister Dr. Rive gilt anscheinend weder die Meinung des Reichstages noch die des Oberverwaltungsgerichts. Und der Regierungspräsident in Merseburg hat sich ihm angeschlossen; er wies die gegen das Verbot eingelegte Beschwerde „aus den in der Verfügung angegebenen Gründen zurück". Die Sache wird natürlich weiter verfolgt, denn wenn rechtens werden sollte, was die Hallesche Polizei verfügte, dann könnte keine größere Arbeitervereinigung in Städten mit Straßenbahnen noch einen Umzug veranstalten.

Blutige Zusammenstöße zwischen Streikenden und Polizei.

Die Krefelder Polizeipraxis greift über auf die übrigen Streikorte. Im süddeutschen Streikgebiete der Seidenfärber sind jetzt die polizeilichen Maßnahmen ganz wesentlich verschärft worden. Die Gendarmerieposten wurden verstärkt. Die Absperrung der Straßen wird außerordentlich streng durchgeführt, sowohl auf elsässischer wie auf badischer Seite. Auf den Wegen, die die Arbeitswilligen passieren, darf überhaupt niemand gehen, der nicht genügend nachweisen kann, daß er dringende Geschäfte zu erledigen hat. Auf den übrigen Wegen bekommen die Passanten scharfe Weisung zum Weitergehen, die mitunter mit dem Gewehrkolben unterstützt wird. Trotz alledem verhält sich die Volksmenge ruhig.

Wie Schweizer Blätter melden, soll für Friedlingen auf badischer Seite ein Aufgebot von zwei Kompagnien Infanterie mit Maschinengewehren und für die elsässische Seite eine Schwadron Dragoner zur Verstärkung der Polizeimacht für die nächsten Tage in Aussicht genommen sein.

Noch toller geht es in der Schweiz zu. Die dortigen Vorgänge beweisen, daß die vielgepriesene Schweizer Freiheit sofort in sich zusammenbricht, wenn der Geldbeutel der Kapitalisten durch streikende Proletarier in Gefahr gebracht wird. Dort hat die Polizei unter den streikenden Seidenfärbern furchtbare Blutarbeit verrichtet. Am Freitag abend wurden in Basel die Streikbrecher, von berittenen Polizisten und von Polizisten zu Fuß begleitet und beschützt, aus den Fabriken ihren Wohnungen zugeführt. Eine zahlreiche Menschenmenge hatte sich eingefunden, die den Zug mit Johlen empfing. Statt mit der Streikbrecherkolonne sich von der Volksmenge zu entfernen, ritt der Baseler Polizeiinspektor provokatorisch mitten durch die Massen hindurch. Die Volksmenge folgte jetzt dem Zuge der Streikbrecher. Da fanden es einige Polizisten plötzlich für gut, die Volksmenge anzuhalten und zurückzudrängen, was nicht gelingen konnte, da ja die hinten Nachdrängenden von den Vorgängen an der Spitze des Zuges keine Ahnung hatten. In der Aufregung zogen die Polizisten die Säbel und hieben wie wütende Kosaken auf die anwesenden Männer, Frauen und Kinder ein. Diejenigen Polizisten, die nicht blank zogen, schlugen mit den Fäusten um sich. Mehrere Personen wurden arg mißhandelt und verwundet. Ein Arbeiter erhielt zwei Säbelhiebe über den Kopf, blutüberströmt mußte er in ärztliche Behandlung gebracht werden. Die Roheiten der Polizei wiederholten sich mehrmals. Einem Arbeiter wurde die rechte Hand erheblich verletzt. Ein Kind, das für einen Augenblick der Hand des Vaters entschlüpft war, wurde von einem Polizisten mit einem Säbelhieb in die Hüfte schwer verletzt. Einige Verhaftungen wurden vorgenommen. — Die Mehrheit des Regierungsrats der Baseler Regierung hat beschlossen, zwei Kompagnien Infanterie in Bereitschaft zu stellen. Nur der Genosse Regierungsrat Blocher sowie ein bürgerliches Mitglied Regierungsrat Mangold haben gegen diese Maßnahmen gestimmt. Regierungsrat Wullschläger ist in Krankheitsurlaub abwesend. So werden in den nächsten Tagen deutsche Dragoner und Infanteristen und Baseler Milizruppen aufgeboten sein zum Zwecke der Niederhaltung streikender Arbeiter.

Die Schweizer Leitung der Arbeiterorganisationen erläßt an die Arbeiterschaft nachstehende Aufforderung:

„An die Arbeiterbevölkerung des Horburgquartiers!

Werte Kollegen und Genossen! Freitag abend sind im Horburgquartier und gegen Kleinhüningen Ansammlungen und infolgedessen vereinzelte Zusammenstöße mit der Polizei vorgekommen. Wer die Verantwortlichkeit hierfür trägt, wird eine unparteiische Untersuchung festzustellen haben. Hier sei aber eines festgestellt: die Streikenden tragen an diesen Vorkommnissen keine Schuld. Im Gegenteil, sie haben das allerhöchste Interesse, daß der Streik in aller Ruhe vor sich gehen kann. Im Namen und Interesse der Streikenden ersuchen wir deshalb alle Parteigenossen, Arbeiter und die gesamte Bevölkerung des zunächst beteiligten Horburgquartiers, jede Ansammlung im Streikgebiete zu vermeiden, alles zu unterlassen, was die öffentliche Ruhe und Ordnung gefährden könnte.

Laßt die Streikbrecherkolonne ruhig ihres Weges ziehen. Verachtung ist das einzige, was sie verdienen.

Parteigenossen, Arbeiter! Es ist im Interesse einer siegreichen Beendigung des Streiks, was wir von Euch fordern.

Die Solidarität der Arbeiterklasse fordert heute diese Pflicht von Euch, erfüllet sie!

Parteikomitee der sozialdemokratischen Partei.
Sozialdemokratische Großratsfraktion.
Ausschuß des Arbeiterbundes."

Wie wenig gerechtfertigt überhaupt das brutale Verhalten der Schweizer Polizei ist, ist aus Nachstehendem ersichtlich: Am Mittwoch wurde sogar der Schweizer Streikleitung das Vorgehen der Polizeibehörde in Aussicht gestellt. Einige Mitglieder wurden vor die Behörde zitiert. Dort wurde ihnen erklärt, daß 10 Fälle schwerer Mißhandlung zu verzeichnen seien und die Polizei deshalb gezwungen werde, aus der bisher gewahrten Reserve herauszutreten. Da der Streikleitung von diesen sogenannten schweren Mißhandlungen nichts bekannt war, forderte sie nähere Aufschlüsse, und siehe da, es wurde ihnen bekannt gemacht, daß die entsprechende Mitteilung von den Unternehmern eingereicht worden sei. Der schließlich hinzugezogene mit der Untersuchung betraute Oberleutnant mußte dann zugeben, daß die 10 Fälle sich sofort auf 4 reduzieren ließen, bei denen es sich in keinem einzigen Falle um einen unlieben Angriff handelt.

Mittlerweile nimmt der Kampf der Seidenfärber einen größeren Umfang an. In Como in Italien wird jede Streikarbeit für die Schweiz und für Krefeld verweigert. Eine Versammlung von 1400 italienischen Seidenfärbern beschloß den Generalstreik, sobald Streikarbeit angeboten wird.

In Krefeld selbst ist es zu großen blutigen Schlägereien in den Färbereien gekommen. Die dort einlogierten Hintzegardisten begannen unter der Einwirkung des Alkohols sich in der Nacht vom 8. zum 9. Juni mit Fäusten und mit gefährlichen Gegenständen zu bearbeiten. Schließlich schossen sie aus ihren Revolvern und bearbeiteten sich mit Messern. Eine Anzahl Arbeitswilliger wurde festgenommen.

Aus der Jugendbewegung.

Spitzel in der Jugendbewegung. In einer Jugendversammlung in Königsberg i. Pr. am 15. Juni sprach Arbeitersekretär Krüger über „Die Königsberger Polizei im Kampfe gegen die Arbeiterjugend". Er machte dabei die Mitteilung, daß ein Schlosserlehrling Max Schirrmann auf Veranlassung des Kriminal-Inspektors Scheffler Abonnent der „Arbeiter-Jugend" geworden war, um die Zeitschrift und die Mitteilungsblätter über die Veranstaltungen für die Königsberger Arbeiterjugend in die Hände der Polizei zu spielen. Er sollte auch auf event. politische Reden und ferner darauf aufpassen, ob vielleicht eine Jugendorganisation bestehe. Als Entschädigung bekam er sechs Mark monatlich, manchmal auch weniger. So lumpig die Tätigkeit, so lumpig auch die Bezahlung. Der strebsame und hoffnungsvolle Polizeijüngling machte aber die Sache doch gar zu ungeschickt, sodaß die Entlarvung schnell seiner staatserhaltenden Tätigkeit ein Ziel setzte. Der in Königsberg gerade anwesende Genosse Dr. Karl Liebknecht hielt dann noch in der Versammlung eine Ansprache. Der anwesende Polizeikommissar unterbrach ihn nach einiger Zeit und verlangte die Entfernung aller Personen unter 18 Jahren, da Liebknechts Rede eine politische sei. Der Kommissar ließ sich aber doch überzeugen, daß sein Verlangen unberechtigt sei und unter dem Jubel der Versammlung konnte Liebknecht seine Rede beenden. Beide Redner fanden stürmischen Beifall und die Polizei hat in ihrem Kampfe gegen die proletarische Jugendbewegung wieder einmal den kürzeren gezogen. Die Spitzelgeschichte beweist aber, wie man in den nationalen Kreisen die Jugend „ertüchtigt".

! Nie erlahmen !
darf die Arbeiterschaft

in dem Bestreben, für ihre Ziele Propaganda zu machen. Das beste Hilfsmittel dabei ist die Arbeiterpresse. Jetzt ist die beste Gelegenheit, neue Leser und Abonnenten zu werben. An dieser Arbeit muß sich jeder Arbeiter, jeder Parteigenosse beteiligen. Jeder muß dessen eingedenk sein, daß es Pflicht ist, bei jeder Gelegenheit

für den Lübecker Volksboten zu agitieren!

Genossenschaftsbewegung.

Kongreß der Konsum-Genossenschaften in Finnland. Unser finnischer Mitarbeiter schreibt uns: Vor einigen Tagen fand der 11. Kongreß der finnischen Konsumgenossenschaften in Kotka seinen Abschluß. Der Vorsitzende der Zentral-Einkaufsgenossenschaft, Gen. Väino Tanner betonte in seiner Eröffnungsrede, daß die finnische Genossenschafts-Bewegung erst in den letzten 10 Jahren groß geworden ist. 1903 tagte der 1. Kongreß der Genossenschaften, an dem 45 Genossenschaften mit 8400 Mitgliedern teilnahmen. Über den gegenwärtigen Stand der Genossenschaften gab Gen. Tanner folgende Zahlen an: Laut dem Handelsregister waren bis Ende 1912 503 Genossenschaften eingetragen, von denen aber nur 443 Berichte eingesandt hatten. Die Zahl der Mitglieder wurde zum 1. Januar 1913 auf 90 000 geschätzt (1912: 86 000) Der Warenumsatz stieg auf 62,5 Mill. finn. Mk. (1912: 55,4 Millionen). Demnach ist der Warenabsatz mehr gestiegen, als die Zahl der Mitglieder. Der Reingewinn erreichte die Höhe von 1 742 000 finn. Mk., das Vermögen der Genossenschaften die Höhe von 5,5 Mill. finn. Mk. Gen. Tanner hob weiter hervor, daß die erfreuliche Entwickelung der Genossenschafts-Bewegung sich auch darin bekunde, daß die Gegner nicht müde würden, die Besteuerung der Genossenschaften zu fordern. Indessen sei dieses Vorhaben durch die Zusammensetzung des Landtags (in dem bekanntlich 42 % Sozialdemokraten sind) vereitelt worden. Der entsprechende Antrag sei mit 107 gegen 78 Stimmen abgelehnt worden. Weiter wies Gen. Tanner darauf hin, daß die Frage der Zugehörigkeit der Genossenschaften zur Sozialdemokratie bereits den 1. Kongreß beschäftigt habe und auch jetzt auf der Tagesordnung des Kongresses stehe. Auch diesmal erhielten die Vertreter der Neutralität der Genossenschaften die Mehrheit.

Aus Nah und Fern.

Das gestörte Liebesmahl. Ein im Kasino der Königsberger Wrangelkürassiere vor einigen Tagen gegebenes Liebesmahl wird für einen der Beteiligten, den Oberleutnant v. d. Trenck, recht unangenehme Folgen haben. Wie erst jetzt bekannt wird, hat es auf dem Liebesmahle eine wenig liebevolle Auseinandersetzung zwischen dem Oberleutnant und einem Vorgesetzten, einem Major, gegeben. Die kameradschaftliche Aussprache nahm solche Dimensionen an, daß man den schwerverletzten Major auf einer Tragbahre in seine Wohnung bringen mußte. Leutnant v. d. Trenck, der wohl einen alten Zwist mit dem Major auf diese feudale Weise erledigte, wurde zunächst in das Garnisonlazarett zur Untersuchung seines Geisteszustandes eingeliefert. Nachdem er sich aber tüchtig ausgeschlafen hatte, konnte man wirklich keine Geistesstörung bemerken. Er ist daher in das Militärarresthaus gebracht worden, wo er seiner Aburteilung entgegensieht.

Dynamitexplosion. In Licq-Atherey bei Pau sind durch eine Dynamitexplosion zehn beim Bau eines Elektrizitätswerkes beschäftigte Spanier verwundet worden, darunter fünf tödlich.

Eine Strafversetzung? Der Kreisarzt Dr. Thomalla in Altena i. W., der im letzten Winter aufsehenerregende Veröffentlichungen über die Unterernährung der Altenaer Schulkinder machte, ist nach Ohlau in Schlesien versetzt worden.

Vierzehn Bergleute verschüttet. Auf der 400-Meterfohle des Schachtes 1 der Zeche Friedrich Heinrich in Moers wurden gestern morgen im südlichen Querschlag durch Zubruchgehen einer Strecke 14 Mann eingeschlossen. Sämtliche Leute sind am Leben und können sich mit den Rettungsmannschaften, die sofort in Tätigkeit traten, verständigen. Auch verletzt ist, soweit festgestellt wurde, niemand. Die Zechenleitung hofft, die Verschütteten im Laufe des Nachmittags zu retten.

Fünf Kinder verbrannt. Durch Großfeuer wurde in der Ortschaft Bentkirchen bei Brilon das stattliche Gehöft des Landwirts Lange vernichtet. Fünf Kinder erlitten schwere, zum Teil lebensgefährliche Brandwunden und konnten nur mit großer Mühe aus den Flammen gerettet werden.

Viel auf dem Kerbholz. In der Untersuchung gegen den Giftmörder Karl Hopf in Frankfurt a. M. ist der Verdacht aufgetaucht, daß er auch seinen Vater vergiftet hat, der 72 Jahre alt, aber noch sehr rüstig war und nach zweitägiger Krankheit, die durch Erbrechen charakterisiert wurde, vor vierzehn Jahren gestorben ist. Die Staatsanwaltschaft läßt die Leiche ausgraben.

Trichinose. In Zychlin bei Lodz sind 38 Personen an Trichinose erkrankt, fünf sind gestorben.

Eisenbahnunglück. Bei Trzebinin bei Krakau fuhr ein Schnellzug auf einen Güterzug auf. Zwei Reisende und ein Schaffner sind schwer verletzt worden. Der Materialschaden ist erheblich.

Allerlei Wissenswertes.

Wie chinesische Liebesbriefe enden.

Es soll ja auch in Europa bedenkliche Gemüter geben, die allen ihren Mitmenschen es dringend ans Herz legen, keine Liebesbriefe aufzubewahren, denn man könne ja nie wissen .... Aber im allgemeinen scheint sich die menschliche Natur dagegen zu sträuben, Briefe zu vernichten, die einem einst wie ein Inbegriff des Glückes erschienen. Die Söhne des Himmels denken in diesem Punkte anders; ihnen ist es eine Pflicht, empfangene Briefe zu vernichten; nicht aber aus Bedenklichkeit, aus Vorsicht oder aus Gleichgültigkeit, sondern aus — Ehrfurcht. Daß Ehrfurcht und Pietät zur Vernichtung führen können, klingt zwar seltsam, aber die Gründe dieser Bräuche führen weit in die Vergangenheit zurück. Bei dem Ahnenkult der Chinesen gelten die Schriftzeichen und Buchstaben, deren sich auch die Ahnen schon bedienten, als heilig. Und die Vernichtung aller empfangenen Briefe und Schriftstücke ist eine Vorsichtsmaßregel der Pietät; es gilt geradezu als ein Verbrechen, je den Fuß auf geschriebenes Papier zu setzen. Und darum verbrennt man die Briefe, nicht nur die Mahnbriefe, sondern auch die Liebesbriefe. In San Franzisko haben in der Chinesenstadt die Söhne des Himmels sogar einen besonderen Ofen errichtet, der nur zur Verbrennung von Briefen, Manuskripten und chinesischen Zeitungen verwendet werden darf. Dreimal in der Woche spricht der Briefsammler in jeder chinesischen Wohnung vor und nimmt die sorgsam zusammengefalteten und beiseite gelegten Briefe und Zeitungen in Empfang, um sie zu verbrennen. Sind die Papiere verbrannt, so führt ein nur zu diesem Zwecke dienendes Boot die Ueberreste hinaus aufs Meer, und hier wird die Asche den Fluten übergeben. In den großen Städten Chinas in Peking, Kanton usw. sind sogar besondere Gebäude errichtet, in denen diese als heilig geltenden Oefen aufgestellt sind.

Handels- und Marktnachrichten.

Lübecker Marktpreise vom 18. Juni.

Bauern-Butter Pfd. 1,15—1,20 Mk., Meierei-Butter Pfd. 1,30 Mk., Hasen 0,00 Mk., Enten 0,00—0,00 Mk Hühner 2,00—3,00 Mk., Küken Stück 1,30—1,60 Mk., Tauben Stück 60—70 Pf., Gänse Pfd. Pfg., Schinken Pfd. 1,20 Mk., Schweinskopf pr. Pfd. 60-70 Pfg., Wurst, geräuchert, Pfd. 1,30—1,60 Mk., Eier Stck. 7—7½ Pfg., Kartoffeln 10 Pfd. 40 bis 50 Pfg., Spargel 1. Sorte 70 Pf., 2. Sorte 50 Pf., 3. Sorte 30 Pfg., Blumenkohl der Kopf —40 Pfg., Kirschen, hiesige, Pfd. — Pfg., eingeschickte, Pfd. 50-60 Pf. **Lebende Süßwasserfische:** Schleie, Portionsschleie Pfd. 1,40, größere Pfd. 1,20 Mk., Karpfen, größere Pfd. —,— Mk., kleinere — Pfg., Aal, große Pfd. 1,00 Mk., mittlere Pfd. 70— Pfg., kleine Pfd. 40—50 Pfg., Karautschen Pfd. 80 Pfg., Hechte, große Pfd. 50—60 Pfg., mittel 70—80 Pfg., Barsche Pfd. 60—70 Pfg., Brachsen, gr. Pfd. — Pfg., kleine Pfd. — Pfg., Aland Pfd. — Pfg., Rotaugen, große Pfd. 25—30 Pfg., kleine Pfd. 20 Pfg., Krebse Pfd. — Pfg. **Salzwasserfische:** Dorsche, lebende Pfd. — Pfg., frische Pfd. 30—35 Pfg., Butte, größere Pfd. 40—50 Pfg., kleinere 30 Pfg., Steinbutt, lebende Pfd. 70—80 Pfg.

Hamburger Sternschanz-Viehmarkt vom 18. Juni.

Auftrieb 1800 Schweine. Markt schlank geräumt.

Es wurde gezahlt für 50 kg Lebendgewicht nach Abzug vereinbarter nebenstehender Tara und für 50 kg Lebendgewicht ohne Tara:

Beste schwere reine Schweine, über 260 Pfd., Tara 20 Proz., 64,— bis 65,00 (51,— bis 52,—), mittelschwere Ware, von 240—260 Pfd., Tara 20 Proz., 65,— bis —,— (52,— bis —,—), Mittelware, von 200—240 Pfd., Tara 22 Proz., 67,00 bis 68,00 (52,50 bis 53,00), gute leichte Ware unter 200 Pfd., Tara 22 Proz., 67,— bis 68,— (52,50 bis 53,00), geringere Ware, Tara 24 Proz., 62,— bis 66,— (47,00 bis 50,00), Sauen, 1. Qualität, Tara 20 Proz., —,— bis 60,— (—,— bis 48,—), Sauen, 2. Qualität, Tara 22 Prozent, 55,— bis 59,— (43,— bis 46,—).

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.